INTERIM

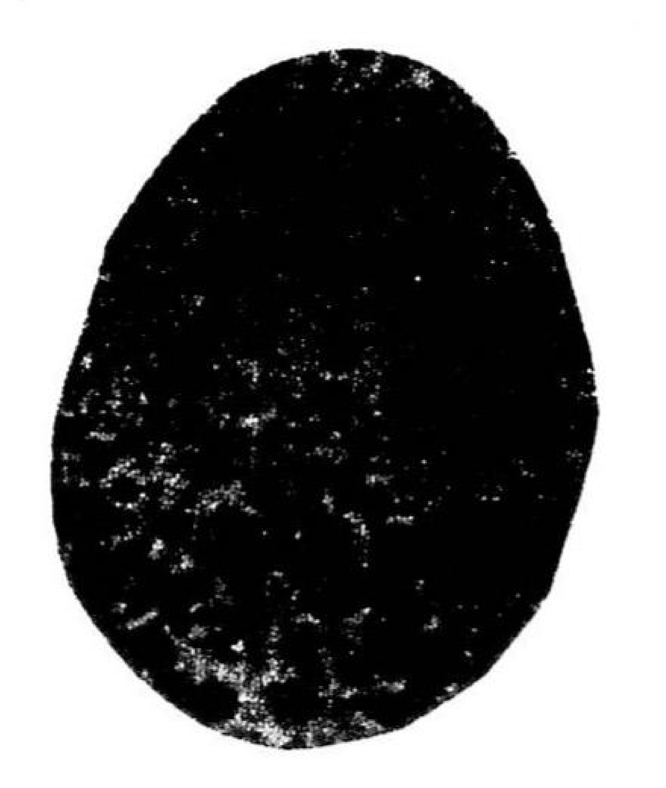
auswärts 3 DM

Wöchentliches Berlin-Info

2⁵⁰ DM

Nr. 370

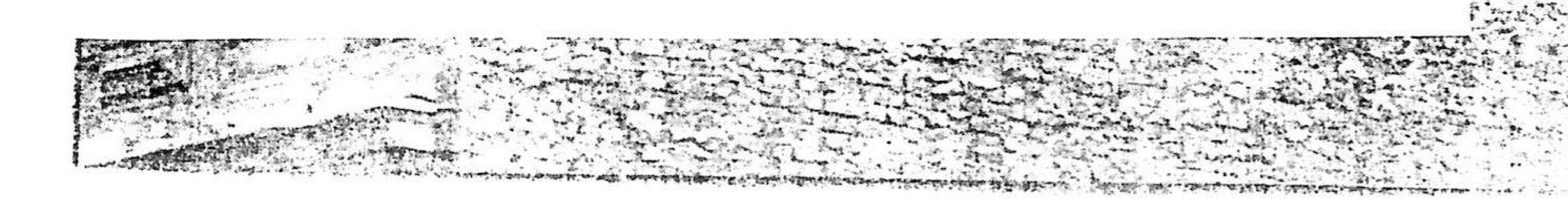
4.4.1996



Impressum:
Herausgeberin:
Interim e. V.
Gneisenaustr. 2a
10961 Berlin
Redaktionsanschrift: ebenda
V. i. S. d. P.: Charlotte Schulz
Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag



Hallihallo!
Alle Jahre wieder Ostern... Liebe warme Grüße an Peter, Thomas und Bernhard!!!
Häuser, Häuser und kein Ende. Die Ausgabe, die ihr in den Händen haltet hat dank der zahlreichen Zuschriften diesmal 2 kleine Schwerpunkte: "Rund um die Räumungen" und "1.Mai". Wir begrüßen das allgemeine Frühlingserwachen und wünschen den z.Zt. obdachlosen BesetzterInnen viel Power!
Die Diskussionen um den 1. Mai finden wir zwiespältig. Alle Jahre wieder die selben Diskussionen um RIM, Stalinismus, Ost-West, Mackermilitanz..., mag leider notwendig sein, könnt ihr aber ebensogut in den März/April-Ausgaben der letzten 5 Jahre nachlesen. Es ist ja verständlich, wenn auch noch das letzte kleine K-Splittergrüppchen sich den Erfolg von X0000 DemonstrantInnen an die Fahnen heften möchte, trotzdem würde eine Diskussion, in der wir unsere Inhalte bestimmen (wie z.B Kämpfe gegen den sozialen Angriff oder Häuserkämpfe...) sicher offensiver und mobilisierender rüberkommen.





Zweiter Aufruf

zum Frühjahrsputz im Wendland



Erneuter Aufruf zu einem Aktionstag am Ostersamstag vor dem beabsichtigten 2. Castor-Transport ins sogenannte Zwischenlager Gorleben



Es ist Frühjahr 1996. Im April wird sich Tschernobyl zum 10. Mal jähren. Für diesen Zeitraum ist der 2. Castor-Transport ins Wendland vorgesehen. Diesmal soll er aus Gundremmingen oder aus der WAA LaHague kommen.

Mit dem Frühjahrsputz bereiten wir uns auf den vorgesehenen zweiten Castor vor.
Nach einem langen Winter sprießt alles wieder hervor.
Wir treiben grün raus, bringen Farbe rein, tragen Bewegung an die Frühlingsluft.
Wir putzen die Straße und machen Putz auf der Straße.
Wir flanieren auf den Straßen und blockieren die Straßen.
Wir weichen auch mal nach rechts und links ab, und bleiben doch immer gradeaus:

Den Castor verhindern, bevor er losfährt!

TAG X hoch 2

Diesmal soll es den Staat und die Atomindustrie noch mehr kosten, ihn gegen den Willen der Bevölkerung einer Region und gegen die Anti-AtomBewegung durchzuhauen. Es soll sie mehr kosten im Hinblick auf ihre politische Glaubwürdigkeit, und es soll sie auch finanziell mehr kosten. Das ist der Inhalt unserer Parole:

ALLES WIRD TEURER - DER NÄCHSTE CASTOR AUCH

Zwar haben wir die Pläne der Betreiber schon mächtig gestört: ihre ehrgeizigen Pläne bezüglich der Anzahl der Castortransporte pro Jahr können sie längst nicht mehr halten. Dennoch spekulieren Staat und Betreiber darauf, daß uns die Puste ausgeht, und daß sie uns beim zweiten Transport besser in Schach halten können als beim ersten. Auf die Dauer können und wollen sie diese hohen Kosten nicht hinnehmen, die der erste Castor-Transport verursacht hat. Und natürlich erst recht nicht höhere.

Für den Castor-Transport-Stop brauchen wir einen langen Atem. Und eine breite Bewegung, die ihre ganze Vielfalt der verschiedenen Aktionsformen einbringt. Damit fangen wir Ostersamstag an!

Frühjahrsputz:

Es ist bezweckt, daß sich unser ganzes vielfältiges Spektrum der Castor-GegnerInnen mit all seinen unterschiedlichen Aktionsformen zeigt und einen Geschmack davon vermittelt, womit beim Castor gerechnet werden muß:

auf Straße und Schiene
Brücken und Wald
Stadt und Pampa
Alt und Jung und alles dazwischen
von hier und von überall.

Versalzen wir ihnen die Suppe! Bereiten wir uns vor!

Sowohl innerhalb des Landkreises als auch mit FreundInnen von außerhalb bietet sich hier eine Gelegenheit, miteinander ins Gespräch zu kommen und sich in den örtlichen Gegebenheiten wieder besser auszukennen.

So vielfältig und breit verankert, wie der Anti-AtomWiderstand ist, haben wir viel erreicht. So soll es auch bleiben! Deshalb ist es unerläßlich: sich gegenseitig mit den unterschiedlichen Aktionsformen zu kennen und zu respektieren; in der konkreten Aktion aufeinander zu achten und Rücksichten zu nehmen. Das kann an einem solchen Tag auch geübt werden.

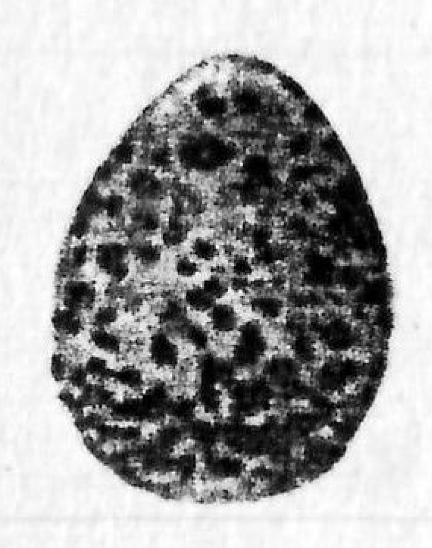
Frühjahrsputz konkret:

Am Ostersamstag sind in und um Dannenberg eine Unmenge von Leuten und Gruppen auf den Straßen. Überall finden vorbereitete Aktionen statt. Auf den Straßen herrscht Bewegung in jeglicher Antriebsart: PS, Fahrräder, Tiere, FußgängerInnen. Vielleicht werden wir musikalisch life begleitet, vielleicht gibts an paar Stellen in und um Dannenberg Kaffee und Kuchen.
Vielleicht sind die Straßen hinterher bunter. Vielleicht gibts in Wald und Flur eine Verkehrsberuhigung, vielleicht laufen paar Leute lieber auf Schienen als auf Asphalt.

Treffpunkt ist die Wiese gegenüber der Essotankstelle in Dannenberg.
Anfang: Samstag den 6.4.1996 um 12 Uhr, **Ende** etwa gegen 17 Uhr

Bringt Trillerpfeife, Krach- und Musikinstrumente, Transparente und Plakate mit!

visdp: Republik Freies Wendland, Öffentlichkeitsreferat



Neue Räumungsoffensive des Berliner Senats gegen die besetzten Häuser



Worauf die ganze Nation seit Monaten wartet, ist jetzt Dank der Unterstützung von Polizei und dem neuen Berliner Innensenator Wirklichkeit geworden: Nach Monaten Dauerfrost endlich doch noch ein heißer Winter. Das meteorologische Institut in Potsdam fand jedoch auch nach Rückfrage der Interim-Redaktion keine plausible Erklärung dafür, daß die Tiefdruckgebiete vorwiegend über den Berliner Stadtbezirken Friedrichshain und Mitte zu einer starken Erwärmung mit temporärer Gewitterneigung führten. Damit nun auch die interessierten LeserInnen aus den durch dichten Nebel behinderten Regionen von Kreuzberg bis Rio de Janeiro endlich Durchblick bekommen, werden hier die brandheißen News der letzten Tage noch einmal gebündelt dokumentiert.

Pali-Räumung

Am Dienstag, den 26. März um acht Uhr morgens stürmte ein grün-weißer Räumtrupp die Palisadenstr.49. Die BewohnerInnen wurden von dieser völlig unerwarteten Räumung im Schlaf überrascht. Die geräumten BesetzerInnen hatten kaum Zeit, ihre nötigsten Sachen zu Packen. Festnahmen gab es keine, die ganze Räumungsktion lief aufgrund der Bullenübermacht und fehlender Möglichkeit zur Gegenwehr verhältnismäßig friedlich ab. Über Infokette wurde ab acht Uhr dreißig vor das Haus mobilisiert. Bis zum Nachmittag stand eine wechselnde Gruppe von UnterstützerInnen vor dem Haus und beobachtete, wie dieses sofort vollständig unbewohnbar gemacht wurde. Der Versuch, sich über eine Einstweilige Verfügung über das Gericht wieder ins Haus einzuklagen, scheiterte.

Mit dieser Räumung versucht der neue Innensenator Schönbohm offensichtlich, die Berliner Linie auszuhebeln, die zumindestens den sog. Altbesetzungen einen gewissen rechtlichen Schutz und eine Art Duldung zubilligt. Die Palisadenstr. 49 ist die erste Räumung eines altbesetzten Hauses seit dem 3. Januar 1991, wo ebenfalls in Friedrichshain drei Häuser abgeräumt wurden. In den letzten Jahren gab es zwar immer wieder zwischendurch Versuche, Häuserräumungen durchzusetzen, diese Initiativen scheiterten aber immer an der Einstellung der Wohnungsbaugesellschaften und auch des Senats, sich nicht mehr die Finger schmutzig zu machen. Das unangenehme Geschäft von Räumungen wurden auf rückübereignete Privateigentümer abgewälzt. Zugleich gab es immer wieder Fälle, in denen BesetzerInnen ihren Duldungsanspruch gegenüber PrivatbesitzerInnen und Wohnungsbaugesellschaften gerichtlich durchsetzen konnten. Die Rigaer Str. 83 hatte z. B. über eine Feststellungsklage eine damals noch von der WBF geplante Räumung abwenden können. In der Kastanie 77 konnte eine Räumung durch einen privaten Schlägertrupp nur durch die sofortige Alarmierung der Polizei verhindert werden, die sich aufgrund der Rechtslage damals auf die Seite der BesetzerInnen stellte. Der Linienstr. 178/79 war es sogar gelungen, sich nach vollzogener Räumung nachträglich in ihr Haus zurückzuklagen und den Zustand der Bewohnbarkeit per gerichtlicher Anordnung wiederherstellen zu lassen.

Damit ist jetzt offensichtlich Schluß. Wie eine Frau auf der großen Häuserräumungs-VV in der Kinzigstraße sagte: Das ist "legal, illegal, scheißegal" von oben. Verkehrte Welt. Nach einer kurzen, offensiven Häuserkampfzeit und der Post-Mainzer-Phase, die von Seiten der Szene stark durch die Absicherung und den Ausbau ihrer Strukturen geprägt war und in der eine wirklich produktive, antagonistische Politik

nur allzuoft an internen Querelen scheiterte, die aber auch gleichzeitig durch ein relativ niedriges Repressionslevel seitens des Senats gegenüber den besetzten Häusern gekennzeichnet war, folgt dem jetzt anscheinend eine dritte Phase, in der ein über Jahre währender relativer Zustand der Ruhe einseitig von Oben aufgekündigt wird.
Begründet wurde die Räumung mit der sehr offensichtlichen Lüge, die Pali habe im Februar leergestanden und sei erst im März neubesetzt worden. Mit dieser fadenscheinigen Aussage des Besitzers der Palisadenstr. 49, Peter Hellmich, die von der Polizei ungeprüft übernommen wurde, war eine rechtliche Pseudo-Konstruktion geschaffen, um die Berliner Linie übergehen zu können, Das Haus wäre nämlich demnach weniger als ein Jahr besetzt und unterstände damit nicht dem Schutz einer Duldung. Diese ist ansonsten nur über ein langwieriges Verfahren aufkündbar, auf das sich Hellmich anscheinend nicht einlassen wollte. Später wurde allerdings in der schriftlichen Begründung zur Ablehnung der Einstweiligen Verfügung vom Gericht noch einmal darauf hingewiesen, daß diese Konstuktion nicht maßgebend sei für die Rechtmäßigkeit einer Räumung. Mit anderen Worten: Die alte Berliner Linie existiert nicht mehr, es ist vollkommen offen, wie die Situation der noch bestehenden besetzten Häuser momentan aussieht.

Die Räumung der Kleinen Hamburger

Gleich am daraufolgenden Tag folgte der nächste Tiefschlag. Das ebenfalls seit rund sechs Jahren besetzte Haus in der Kleinen Hamburger Str. 5 in Mitte wurde geräumt. Hier fuhr der Senat eine andere Strategie. Ein Räumungsbefehl gegen eine einzelne Bewohnerin des Hauses diente hier als Vorwand, um gleich das ganze Haus mit abräumen zu können. Mindestens zwei weitere Bewohner des Hauses, die sich dort polizeilich angemeldet hatten, waren anscheinend zuvor ohne ihr Wissen wieder abgemeldet worden. Der Räumungstitel gegen die einzige ordentlich angemeldete Frau mutierte so praktisch zu einem Räumungstitel für das ganze Haus. Spätestens nach dieser Räumung war klar: Die Initiative ging bei der Pali-Räumung zwar auch von dem Privateigentümer, aber vor allem vom Senat aus. Wenn nach über fünf Jahren erstmals wieder Häuser geräumt werden, und dann noch an zwei aufeinanderfolgenden Tagen, kann nur eine auf oberster Ebene geplante Strategie dahinterstecken.
Auffällig ist die zeitliche Nähe der Räumungen zu der für die einen Tag später geplante Bündnisdemonstration gegen die Sparpläne des Senats. Von vielen Leuten wurde befürchtet, militante Anti-Räumungs-Aktionen könnten diese Demo spalten und somit die Ausweitung dieses Protestes begrenzen. Die Demonstration am Donnerstag blieb dann trotz allem ruhig, es war eine der größen Massendemonstrationen der letzten Jahre. Das Konzept, Räumungen als taktisches Mittel einzusetzen und abzulenken von der geplanten antisozialen Rotstiftveranstaltung des Senats, ging somit nicht auf.

Durchsuchung der Linienstr. 158/59

Gleich am Donnerstag ging die Repression gegen die besetzten Häuser weiter. Die beiden Häuser Linienstr. 158/59 wurden von den Bullen durchsucht. Vorwand waren angebliche Steinwürfe auf Bauarbeiter. Diese Steinwürfe waren frei erfunden und entbehrten jeglicher realen Grundlage. Vier Zivis hatten sich anscheinend abgesprochen in ihren Aussagen und verschaften damit ca. dreißig OrdnungshüterInnen die Gelegenheit, ohne richterlichen Durchsuchungsbefehl die Türe zu den Häuser gewaltsam aufzubrechen und in die Häuser einzudringen. In beiden Häusern nahmen diese daraufhin jeweils eine Person mit, sammelten noch einen Besetzer auf der Straße ein und verschleppten alle drei auf die Wache. Es fand keine Hausdurchsuchung statt, nicht einmal eine Personalienaufnahme der restlichen Anwesenden. Das ist interessant, hätten die Bullen doch auch diesmal die Möglichkeit gehabt, gleich das ganze Haus zu räumen. Schließlich können besetzte Häuser aufgrund von schweren Straftaten sofort ohne

Rücksicht auf die Berliner Linie und jede Form der Duldung geräumt werden. Das in diesem Fall nicht geräumt wurde, läßt Raum für Spekulationen offen. Es muß allerdings gesagt werden, daß eine Räumungsklage der Münchner Privateigentümer am gleichen Tag vom Amtsgericht abgewiesen worden war.
Das Ausbleiben der Räumung ist jedoch kein Grund zur Entwarnung. Erstens ist diese kurze Durchsuchung nur eine Glied in einer ganzen Kette von Repressalien gegen diese beiden Häuser und vor allem sitzen noch zwei von den Festgenommenen in Untersuchungshaft. Beide sind nicht im Besitz einer deutschen Staatsbürgerschaft, es wird erwartet, daß sie mindestens zwei Wochen im Knast bleiben.

Allgemeine Situation der noch besetzten Häuser

Neben den vier genannten Häusern gibt es noch eine Reihe weiterer besetzter Häuser in Berlin. Allein in Friedrichshain sind noch folgende Häuser besetzt: Rigaer Str.77, Rigaer Str.80, Rigaer Str.83, Liebigstr.16 Hinterhaus, Kreutziger Str.21, Scharnweberstr.28, Kinzigstr.9 Vorderhaus, Kinzigstr.25/27, Niederbarnimstr. 23, Niederbarnimstr.24 und seit ungefähr einem Jahr auch ein Haus in Alt-Stralau. In Lichtenberg ist die Pfarrstr.88 noch besetzt. In West-Berlin gibt es nach wie vor nur noch die beiden Häuser Marchstr./Einsteinufer, die seit Jahren um ihr überleben kämpfen.[1]
Zusammen waren das mit den geräumten und durchsuchten Häusern bis vor wenigen Tagen noch neunzehn Besetzungen ohne Verträge. Jetzt ist natürlich klar, daß viele der restlichen besetzten Häuser das schlimmste Befürchten. In den letzten Tagen waren massiv Gerüchte im Umlauf, wer als nächstes dran sei. Im SO36 hingen Zettel, demnach am Samstag die Räumung der Rigaer Str. 83 bevorstünde, der Privatbesitzer der Kreutziger Str 21 erzählte anscheinend "seinen" BesetzerInnen, der Privatbesitzer der Scharni 28 hätte ihm gesagt, dort würde in den nächsten zwei Wochen geräumt etc. Die Folge dieser Gerüchteküche ist eine vollständige Verwirrung in der Scene über die tatsächlichen Facts.
Klar ist eigentlich erstmal nur soviel: Wirklich akut räumungsbedroht ist nach wie vor das Vorderhaus der Rigaer Str. 80. Dort wohnt seit ca. 2 Monaten eine Gruppe von jungen Punks. Im Gegensatz zum Hinterhaus, welches ebenfalls schon seit Jahren besetzt ist, verfügen die Leute aus dem Vorderhaus über wenig Perspektive, drinnen zu bleiben. Übrigens gibt es die Befürchtung, im Falle von militanten Aktionen gegen eine eventuelle Räumung könnte das Hinterhaus nach ASOG doch gleich mit abgeräumt werden.
Sicher ist auch, daß es am Mittwoch im Einsteinufer gebrannt hat und daraufhin ein Seitenflügel von der Baupolizei gesperrt wurde. Eine Brandstiftung ist allerdings nach dem aktuellen Informationsstand nicht sehr wahrscheinlich. Wie auf der zweiten Häuser-VV in der Grüni am Sonntag, dem 31.März herauskam, gibt es z.Z. über fast kein Haus verlässliche Informationen. Selbst die BesetzerInnen der einzelnen Häuser selbst haben oft keine Ahnung über ihre Zukunft und über den genauen eigentumsrechtlichen Status ihres Hauses.
Die Liebigstr. 16 hat seit kurzem einen neuen Eigentümer. Bislang ist es den Liebig-BewohnerInnen noch nicht gelungen, den Namen des Eigentümers herauszubekommen. Da bislang erst relativ wenige Leue auf das Haus angemeldet waren, wollten sich noch schnell einige Leute im Haus anmelden, was ihnen auf dem Meldeamt allerdings verwehrt wurde. Auf den beiden VV's kam auch heraus, daß dies allgemein eine neue Strategie zu werden scheint. Menschen, die in besetzten Häusern gemeldet sind, werden abgemeldet, Neuanmeldungen werden abgewiesen. Allgemein wurde die Lage so eingeschätzt, daß wir ein besonderes Augenmerk auf diese neue Entwicklung legen müssen. Angeregt wurde noch einmal, auf jedenfall Schutzschriften beim Amtsgericht zu hinterlegen, mit denen im Ernstfall nachgewiesen werden kann, daß das Haus durchgängig von mehreren Leuten bewohnt war.

[1] diese Liste ist nicht unbedingt vollständig

Aktionen gegen die Räumungen

Sowohl am Dienstag in Friedrichshain als auch am Mittwoch in Mitte gab es eine Spontandemonstration mit 300 bzw. 150 Leuten. Die beiden Demonstrationen verliefen relativ friedlich, in Mitte wurden die Demo-TeilnehmerInnen jedoch nach einem längeren Hin- und Hergerenne eingekesselt, wobei es zu mindestens einer sehr unschönen Festnahmeszene kam. Im Anschluß an die zweite Demo liefen verteilte Grüppchen noch länger in den Kiezen herum, am Helmholzplatz flogen bei einigen Läden die Scheiben ein. Der Polizei fehlte nach der Auflösung der Demo anscheinend der Überblick, die Einschätzung vieler Leute nach wäre an Kleingruppenaktionen noch einiges möglich gewesen. Traurigerweise verlief gerade der Mittwoch-Abend sehr chaotisch, kein Mensch hatte sich im Vorbeherein schon mal sinnvolle Treffpunkte überlegt. Am Helmholtzplatz Randale zu machen war sicherlich nicht die beste Idee, da es dort bekanntlich fast nur kleine Läden gibt.

In der Nacht zu Dienstag gab es schon eine Scherbennacht in der nördlichen Friedrichstraße sowie in Friedrichshain, wo ein Ladengeschäft in der neuerbauten Allee-Passage erst brannte und danach durch Löschwasser schwer beschädigt wurde. Der Anschlag in der Allee-Passage richtete sich mit Sicherheit zugleich gegen die Räumung des Hauses Rigaer Str. 27 im Januar, welches die Bayrische Hausbau, die nebenan die Allee-Passage baut, abreißen lassen will.

Auch am Freitag knallte es kurz, diesmal in der Oranienstraße in Kreuzberg in einem neueröffneten Autosalon in der Mariannenstraße. Um dieses vorher jahrelange leerstehende und auch schon kurz besetzte Haus gab es lange Zeit vergebliche Bemühungen, dort ein Stadtteilzentrum einzurichten. Am Rosa-Luxemburg-Platz warfen am Samstag Mittag zwanzig Leute Scheiben von mehreren Geschäften ein und zerrten einen Bauwagen auf die Straße. Direkt vor der Palisadenstraße wurde kurze Zeit vorher ebenfalls Sperrmüll auf die Straße gezerrt.

Auch Blockadeaktionen gab es an mehreren Tagen, allein am Mittwoch fünf nacheinander. Einige Blockaden verliefen äußerst unkoordiniert und chaotisch.

Am Sonntag fand vor dem Haus von Peter Hellmich eine kurze Kundgebung für die NachbarInnen statt. Anschließend gab es ein gemeinsames Kuchenessen mit bestimmt hundert Leuten vor der Pali. Die hundert eingesetzten Beamten sicherten derweil das Haus, hielten sich aber ansonsten merklich zurück.

Ziemlich durcheinander waren auch die beiden Vollversammlungen in Friedrichshain. Erstaunlicherweise kamen zu der ersten fast zweihundert Leute, ironischerweise mehr als TeilnehmerInnen auf der vorhergehenden Demonstration in Mitte. Das war ein deutlicher Ausdruck des allgemeinen Interesses, sich zu informieren und etwas zu unternehmen. Dieser Kraft konnte leider kaum eine entsprechende Form gegeben werden, da die ganze Diskussion viel zu unstrukturuiert verlief. Letztendlich wurden mehrere Termine festgelegt, um in kleineren Rahmen besser planen zu können. Drei dieser Termine waren auf Donnerstag, 16 Uhr festgelegt, fast genau zu diesem Zeitpunkt wurden dann die Durchsuchungen in der Linie durchgeführt - Zufall?

Als erstes Resümee der letzten Tage kann festgehalten werden, es gab eine Vielzahl von kleineren Aktionen, die gezeigt haben, daß auch 1996 nicht einfach ohne Gegenwehr Häuser abgeräumt werden können. Ein der Szene gibt es eine relativ explosive Stimmung und die Bullen wurden ziemlich auf Trab gehalten. Doch gingen fast alle Aktionen von Friedrichshain aus, die Szene aus anderen Bezirken war oft nur stark unterrepräsentiert bei vielen Aktionen vertreten. Das hängt mit Sicherheit auch von der schlechten und natürlich sehr kurzfristigen Terminweitergabe und dem schlechten Informationsfluß im allgemeinen ab. Hoffentlich wirken die letzten Räumungen und anschließenden Reaktionen für die bevorstehenden Wagenburg- und Häuser-Aktionstage als starker Mobilisierungsfaktor. Jetzt ist es sehr wichtig, die aufgestaute Wut und Kraft nicht einfach verpuffen zu lassen, sondern zumindestens für die große Demo am 12.April noch einmal gut zu mobilisieren.

Wir sind sauer !!

Vorgestern am 26.3. wurde die Palisadenstr. 49 illegal geräumt, gestern wurde weitergemacht und die Kleine Hamburger Str. 8 geräumt. Dabei schafften die Bauarbeiter und Bullen Tatsachen, indem Wände eingerissen, Fenster abtransportiert, Öfen zerstört und ein Großteil der persönlichen Sachen der BewohnerInnen auf die Straße geschmissen wurden. Die Häuser sind damit unbewohnbar gemacht worden. Mehr als 30 Leute sitzen jetzt auf der Straße.

Beide Räumungen waren illegal !

Die „Pali" konnte durch die konstruierte Behauptung, sie wäre im März neubesetzt worden, geräumt werden.

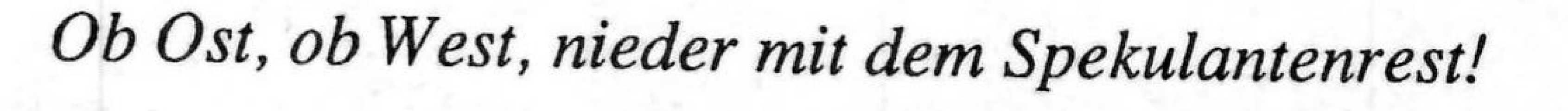
Angeblich soll sie im Februar unbewohnt gewesen sein! Das ist eine glatte Lüge, und alle Beteiligten wissen das. Nach der „Berliner Linie" hätten gegen die BewohnerInnen, die länger als ein Jahr das Haus bewohnen, Räumungstitel erklagt werden müssen. Mit dieser Lüge konnte Peter Hellmich, der das Haus vor 2 Jahren kaufte, diese Bestimmung umgehen. Daß damit die Räumung durchgesetzt werden konnte, ist offensichtlich auf eine gute Zusammenarbeit des neuen Innensenators Schönbohm mit der lokalen Polizeiführung und dem Spekulanten Hellmich zurückzuführen.

Die Kleine Hamburger wurde geräumt, weil ein Räumungstitel gegen eine ehemalige Bewohnerin, die dort längst abgemeldet ist, als Vorwand dafür diente. Gegen 2 Bewohner, die länger als 2 Jahre dort gemeldet sind, liegen bis heute keine Räumungstitel vor.

Durch den Bruch der „Berliner Linie" sind mehr als 20 besetzte Häuser bedroht. Wir haben keine Lust, uns vertreiben zu lassen . Wir leben hier seit mehreren Jahren, haben Leben und Kultur der Kieze mitbestimmt. Wir werden um den Erhalt unserer Häuser kämpfen - uns bleibt keine andere Wahl.



Rache für die Pali!!!!!!!



Ob Ost, ob West, nieder mit dem Spekulantenrest!

Am Dienstag, den 26.3.96 wurde das besetzte Haus in der Palisadenstr. 49 von den Bullen geräumt. Das Haus war seit 6 Jahren besetzt. Im Januar 94 tauchte das erste Mal der Sanitärgroßhändler Peter Hellmich auf, der behauptete, der neue Eigentümer zu sein. Peter Hellmich ging sofort mit miesen Methoden gegen die BewohnerInnen der Pali vor. **Peter Hellmich** wohnt in der **Landsberger Allee 22**. Sein Büro, von dem aus er alles organisiert, ist im **Wilhelmsmühlenweg 61 in Kaulsdorf, Tel.: 565 41 5-0,** außerdem hat er noch ein Lager im **Stadtbahnbogen Krautstraße beim Hauptbahnhof in Friedrichshain, Tel.: 275 48 13 und 275 49 23.**

Im Sommer 94 schickte er der Pali einen Bautrupp auf den Hals, der das Haus mit Vorschlaghämmern räumen wollte, aber von den Pali´s vertrieben wurde. Doch mit Hilfe der Bullen machte diesmal derselbe Bautrupp das ganze Haus platt, Die Bauarbeiter kloppten die Fensterkreuze raus und warfen fast alles, was im Haus war, aus den Fenstern in den Hinterhof.
Die Firma war wieder **Thomas Giese, Abriss und Abfuhr, Handarbeit, Heiligenseestraße 158 in Berlin 27 Tel.: 4138506** .
Gut Geld verdient hat daran bewußt auch noch die **Firma LEX GmbH Transport und Kran in der Prenzlauer Promenade 49 Tel.: 4788000 / 4722146 / 4787878 / Notruf 01774788000 und das Mobiltelefon Fu 01612321922**, die mit LKW`s und Kontainern die Sachen der BesetzerInnen wegfuhren und auf die Müllkippe brachten.


Weiter verdiente die **Firma Haberling am Saatwinkler Damm 57 in Charlottenburg Nord, Tel: 349900-0** ,die die paar Sachen, die nicht aus dem Fenster flogen, mit einem Umzugswagen wegfuhren.
Mit Peter Helmich ausgeheckt hat das Ganze der **Rechtsanwalt Fritz Bendlin in der Knesebeckstr. 74 (beim Kudamm) mit Tel.: 8835005 / 8835006** . Bendlin trat beim Prozeß, den er für das Rep- Mitglied Lehmann führte, sehr unangenehm in Erscheinung. Bendlins politischer Standpunkt ist eher rechts von den Rep`s und er ist dafür bekannt, Spekulanten bei ihrer Profitgier zu unterstützen.

Sorgen wir dafür, daß sich Räumungen für diese Profitgeier und Hauptstadtplaner nicht lohnen.!!!!!

Irgendwann ist Schluß mit Lustig.

Kein Meter für Peter und die anderen!!!!!!





Die Nacht des Terrors und der Gewalt

0.30 Uhr:

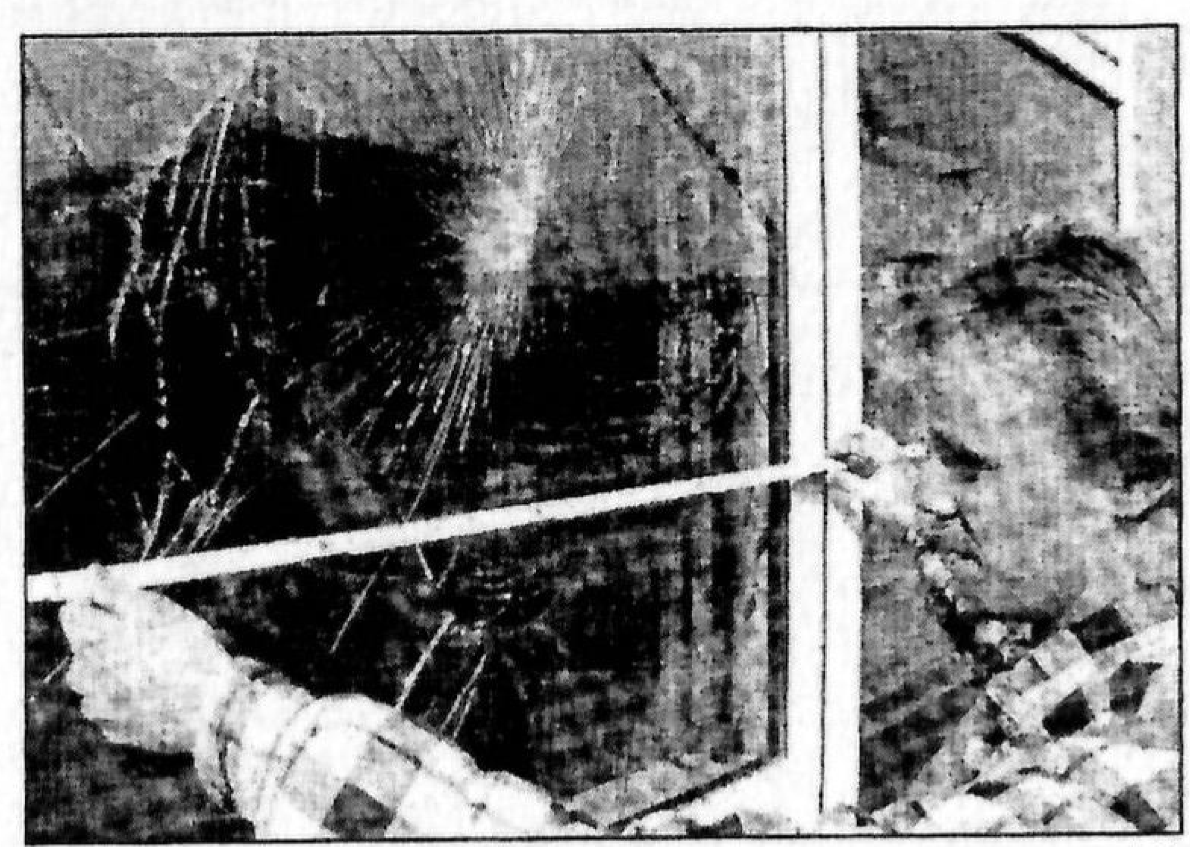
Vermummte randalierten in Dreispitz-Passage

Schwere Schäden hinterließ nach Mitternacht eine Gruppe von Vermummten in der Dreispitz-Passage an der Friedrichstraße 130 (Mitte). Mit Baseballschlägern gingen sie auf die Schaufenster mehrerer Läden los. Die Randalierer zerschlugen 16 Scheiben und zwei Glastüren, der Schaden beträgt mehrere tausend Mark.

Glaser Andreas Heuer, der gestern früh in der Passage arbeitete: „Eingesetzt war eine doppelte Isolier-Verglasung, es gehört schon einige Kraft dazu, sie derartig zu zerstören."

Der Chef eines Bekleidungsgeschäftes, Manfred Ulrich, erfuhr erst aus dem Radio, daß sein Laden in Mitleidenschaft gezogen sein könnte: „Ich habe meinen Sohn sofort hingeschickt, aber ein Wachschutz-Dienst war schon dabei, die zerstörten Scheiben zu sichern." Ulrich betreibt den 182-Quadratmeter-Laden im Erdgeschoß seit vier Jahren, kann sich aber an nichts Vergleichbares in der Gegend erinnern.

Auch im Blumengeschäft von Katrin Ziehroe-Kuhl schlug die Horde zu, gegen sieben Uhr früh stand die Frau vor den Scherben: „Empörend, daß man voller Angst auf den nächsten Tag wartet, weil so etwas jederzeit wieder passieren kann." Eine benachbarte Commerzbank-Filiale wurde ebenfalls demoliert. Commerzbank-Sprecherin Angelika Held-Flessing: „Trotz des Zwischenfalls ging der Schalterbetrieb gestern weiter."



Reparatur nach der Gewaltnacht: Glaser Andreas Heuer ersetzte gestern früh die Scheiben in der Commerzbank-Filiale. Foto: Liebisch



Solche „Krähenfüße" streuten Randalierer auf die Fahrbahn. Foto: Ullstein

Eigentümer der Dreispitz-Passage, die schräg gegenüber des Friedrichstadtpalastes liegt, ist das Bundesvermögensamt.

Von der Passage zogen die schwarz gekleideten Vermummten zur Kreuzung Friedrichstraße/Oranienburger Straße, nur einige Schritte entfernt. Dort streuten sie „Krähenfüße" auf die Fahrbahn. Die Stahlkrampen schlitzten den Reifen eines Taxis auf.

Anschließend verschwanden die 15 bis 20 Randalierer, keiner von ihnen konnte festgenommen werden. Bekennerschreiben fehlen. Die Polizei ermittelt wegen Landfriedensbruchs und gefährlichen Eingriffs in den Straßenverkehr. Ein Zusammenhang mit dem Anschlag an der Frankfurter Allee oder den Ausschreitungen bei der Kreuzberger Schüler-Demo am Montag sei nicht erkennbar, so eine Polizei-Sprecherin. *tz/fux*

22 Uhr:

Brandanschlag auf Kinderladen Max und Moritz

Sinnlose Zerstörung in einem Kinderbekleidungs-Geschäft an der Frankfurter Allee (Friedrichshain): Gegen 22 Uhr schleuderten Unbekannte eine Brandflasche in den Laden „Max und Moritz". Mitinhaberin Marianne Panneke: „Wahrscheinlich hat es uns getroffen, weil wir an der Ecke der Ladenzeile liegen und günstige Fluchtmöglichkeiten bieten. Es gibt keinen Grund, uns gezielt auszusuchen. Seltsam, in eine Scheibe hat man versucht, ein kreisrundes Loch zu schneiden."

In allen Geschäften der Passage ist eine Sprinkleranlage installiert, die verhinderte, daß sich die Flammen weiter ausbreiten konnten. Vor Eintreffen der Feuerwehr war der Brand gelöscht. Der Schaden durch Ruß und Wasser beträgt mehrere zehntausend Mark, die Feuchtigkeit zog durch den Teppich bis ins Lager. Trotzdem hatte „Max und Moritz" gestern geöffnet, unbeschädigte Ware wurde verkauft. *tz*



Ein Brandsatz zerstörte „Max und Moritz": Marianne Panneke in ihrem Kinderartikel-Laden. Foto: Fromm

Anschlag auf Haus eines FU-Professors

Bombe explodierte gegen 3 Uhr / Nur Sachschaden / Unbekannte legten Brandsätze unter Autos

BERLIN (weso). Durch eine Welle neuer Anschläge auf Autos und das Haus eines Jura-Professors der Freien Universität entstand in der Nacht zu gestern Sachschaden in noch unbekannter Höhe. Menschen wurden nicht verletzt. Ob zwischen den Brandanschlägen auf insgesamt fünf Autos und dem Bombenattentat auf das Einfamilienhaus ein Zusammenhang besteht, ist bisher ungeklärt.

Der Sprengkörper explodierte gegen drei Uhr früh auf der Terrasse des Einfamilienhauses an der Lutherstraße in Steglitz. Die Frau des Hauseigentümers, der sich zur Zeit auf einer Tagung in München aufhält, schreckte durch einen lauten Knall aus dem Schlaf. Die Detonation zerstörte die Scheiben der Terrassentür.

Polizeiexperten fanden Reste eines Metallbehälters, der mit etwa einem Kilo eines selbstgemischten Sprengstoffs gefüllt gewesen war. Über die Motive der Täter konnte die Polizei gestern nur rätseln. Es wird allerdings vermutet, daß die Bombenleger aus dem linksextremen politischen Spektrum kommen. Ungeklärt war gestern auch, wie die Bombenleger auf das umzäunte Privatgrundstück gelangt waren.

Zwischen 2 Uhr 30 und 5 Uhr zündeten gestern früh in Steglitz und Tempelhof drei Brandsätze, die Unbekannte unter Autos abgelegt hatten. Zwei weitere Brandbomben an der Ahornstraße in Steglitz versagten dagegen.

Die erste Brandsatz zerstörte an der Rothenburg- Ecke Herrfurthstraße einen acht Jahre alten Porsche 911. Das Fahrzeug gehörte einem Rechtsanwalt und Notar. Eine halbe Stunde später ging eine an der Zimmermannstraße abgestellte Corvette in Flammen auf. Das Fahrzeug gehörte einer Immobilienfirma. Gegen 5 Uhr schließlich brannte an der Geiserichstraße in Tempelhof ein sieben Jahre alter Jaguar aus. Der Wagen war auf eine Holz- und Bauschutzfirma zugelassen, wurde jedoch vom Inhaber eines Abriß- und Fuhrbetriebes genutzt.

Die Fahrer haben alle Verbindungen zur Baubranche. Ungeklärt ist derzeit noch, ob sie möglicherweise gemeinsam an einem Projekt arbeiteten. Der Staatsschutz der Polizei schließt nicht aus, daß Bauprojekte in Kreuzberg, an denen die Benutzer der Autos mitwirkten, Anlaß für die Brandanschläge gewesen sein könnten. Selbstbezichtigungsschreiben wurde in keinem der Fälle am Tatort gefunden.



TOTALSCHADEN. Bei den Brandanschlägen wurde auch dieser Corvette in der Zimmermannstraße in Steglitz zerstört. Foto: Motzki

BERLIN-INFOS

Krawall-Demo: „Hysterische Mädchen" als Anstifter?

Von Susanne Vieth-Entus

■ Mit zwei großen Demos gehen heute die Proteste gegen die Haushaltsbeschlüsse des Senats weiter: Für den Vormittag haben mehrere Schulen zu einer „Berliner Schülerdemo" aufgerufen, am Nachmittag wollen etwa 60 Gruppen, darunter auch Studenten-, Kita- und Schülerverbände, vor das Rote Rathaus ziehen. Vor dem Hintergrund der Ausschreitungen bei der Schüler-Demo am Montag in Kreuzberg appellierte die GEW gestern an die Lehrer, die Schüler zu begleiten und gegebenenfalls auf die gewaltbereiten Jugendlichen beschwichtigend einzuwirken. Das sei besser, als im Lehrerzimmer „formal korrekt die Zeit abzusitzen", so GEW-Chef Erhard Laube.

Am Montag waren, wie berichtet, 46 Autos demoliert, Steine und Eier geworfen worden. Bei den zwölf Festgenommenen handelte es sich laut Polizei ausnahmslos um Schüler, die wieder auf freiem Fuß seien. Laube, der an der Veranstaltung teilgenommen hatte, sagte gestern, es habe fünf bis sechs kleine Gruppen gewaltbereiter Jugendlicher gegeben, darunter auch solche mit „starken Verwahrlosungstendenzen" und „geradezu hysterische Mädchen". Laubes Vorschlag, die Lehrer sollten heute mitgehen und deeskalierende Gespräche führen, lehnte die Senatsschulverwaltung gestern kategorisch ab.

Plötzlich im Visier der Bombenleger

Nach dem Anschlag auf sein Haus: Rechtsprofessor fühlt sich von „Klasse gegen Klasse" mißverstanden

VON STEFAN KUSCHEL

BERLIN. Natürlich, früher oder später wird dieses unangenehme Gefühl wieder den gewohnten Gedanken weichen. Doch soweit ist es noch nicht, noch ist der Eindruck zu frisch, das Geschehene zu nah. Es war die Nacht vom vergangenen Sonntag zu Montag, als um drei Uhr früh das in einer Metalldose verstaute Sprengstoffgemisch aus Schwarzpulver, Chlor und Zucker explodierte und die schweren Terrassenscheiben in dem idyllisch gelegenen Wohnhaus in Steglitz zum Splittern brachte. „Anschlag auf Haus eines FU-Professors" titelten tags darauf die Zeitungen, und seitdem ist die Gemütslage des Adressaten, Klaus Adomeit, vor allem geprägt von einem Eindruck: „Ich fühle mich in meiner Lehrfreiheit beeinträchtigt", sagt der 61jährige, der vom morgigen Montag an als Dekan am Fachbereich Rechtswissenschaften tätig sein wird.

Seit sich nun aber, wie berichtet, die militante Gruppe „Klasse gegen Klasse" zu dieser Tat bekannt und dies nach Adomeits Ansicht mit einigen „unglaublichen Falschmeldungen" (Beispiel: Adomeit fordert Verzicht auf Tariflöhne) in einem Schreiben an die „taz" öffentlich begründet hat, drängt es den Professor zum Reden. Denn dies steht für ihn fest: „Das alles ist ein schreckliches Mißverständnis", sagt der Experte für Rechtstheorie, Bürgerliches Recht, Rechtsinformatik und – Arbeitsrecht, und darum geht es.

Für die Ludwig-Erhard-Stiftung hatte Adomeit kürzlich unter anderem Fragen des deutschen Tarifrechts untersucht, und die Ergebnisse dieser wissenschaftlichen Arbeit sind es, auf die sich die bislang unerkannt gebliebenen Aktivisten von „Klasse gegen Klasse" nun stützen.

„Klasse gegen Klasse"? Seit dem vergangenen März war es ruhig geworden um diese militante Gruppe. Zwar ermittelt der polizeiliche Staatsschutz schon seit langem intensiv, doch über potentielle Täter war bisher nicht viel mehr zu erfahren, als daß „vom kranken Irren bis zum Kriminellen mit linkem Deckmäntelchen" das Spektrum der Verdächtigen sehr breit ist. In den zurückliegenden Jahren jedenfalls wurden rund 50 Anschläge auf Autos und Restaurants vornehmlich in Kreuzberg verübt und „Klasse gegen Klasse" angelastet, registriert wurden aber auch Drohungen gegen Ladenbesitzer und Mieter von Dachgeschoßwohnungen.

Adomeit ist nun offenbar ins Visier geraten, weil er in der Logik der Bombenleger – die Fahnder der Polizei schließen übrigens in diesem Fall nicht aus, daß es sich bei den Tätern um FU-Studenten handeln könnte – mit seinen Theorien in gewisser Weise soziale Standards beschneiden will. Doch diesem Argument widerspricht der Rechtsprofessor ganz energisch.

Beispielsweise wolle er Tarifverträge nicht abschaffen, im Gegenteil: „Der Tarifvertrag, der in der Praxis fraglich geworden ist und wackelt, muß gerettet werden." Gelingen kann das nach Adomeits Meinung mit einigen Veränderungen, die gesetzlich verankert werden sollten. So müßte in das Tarifvertragsgesetz, zum Beispiel, der folgende Zusatz aufgenommen werden: „Der Tarifvertrag fördert das Wohl der Arbeitnehmer unter Beachtung des Ziels der Beschäftigungsförderung." Im Klartext bedeutet das, vereinfacht gesagt, diese „wichtige rechtliche Einrichtung Tarifvertrag zu erhalten" und sie „mit Hilfe der Betriebsräte an die wirtschaftlichen Möglichkeiten des Unternehmens anzupassen; Betriebsräte müßten nicht zuletzt deshalb bei wichtigen Entscheidungen mehr mitsprechen dürfen, weil sie „die Unternehmen besser kennen und wissen, was sie verkraften."

Auch die derzeitigen Regelungen bei der Arbeitszeit hält Adomeit für zu „strikt und unflexibel", beim Thema Überstunden müßten sich Arbeitnehmer selbst für mehr Geld oder Freizeit entscheiden dürfen, denn: „Neben der Tarifautonomie muß auch die Autonomie der Arbeitnehmer gewahrt werden."

Dies alles werde „falsch dargestellt", das ist es, was den Professor und künftigen Dekan am Fachbereich Rechtswissenschaften in Rage bringt. Er habe „nicht das geringste Bestreben", mit den Tätern zu sprechen, „die sollen gefaßt und bestraft werden." Aber, wie gesagt, noch ist da dieses unangenehme Gefühl. Doch Adomeit hofft, daß sich dies bald legen wird und wieder Ruhe einkehrt: „Ich habe schließlich zu arbeiten." Ob er allerdings seine für das bald beginnende Sommersemester geplante Vorlesung tatsächlich halten wird, weiß er noch nicht. Das Thema: „Kollektives Arbeitsrecht".

Schaufenster zertrümmert

Erneut kam es in Kreuzberg zu schweren Sachbeschädigungen. Eine Gruppe von 20 bis 25 dunkel gekleideten Menschen verübte Sonnabend früh Anschläge auf ein Autohaus sowie ein Haushaltswarengeschäft. Anschließend flüchteten die unbekannten Täter.

Gegen 0.35 Uhr hörten Anwohner Scheiben bersten: Mit Steinen bewarfen Randalierer die Schaufenster des Fiat- sowie eines Siemens-Fachgeschäfts an der Mariannenstraße. Der Sachschaden geht in die Tausende. Noch bevor die Polizei eintraf, waren die Unbekannten verschwunden.

Laut Kripo gibt es keinen Hinweis darauf, daß es sich wieder um eine Tat der Gruppe „Klasse gegen Klasse" handelt. Deren Sympathisanten hatten in der Vergangenheit zahlreiche Anschläge auf ein Opel-Autohaus an der Oranienstraße verübt und Montag nach mehrere Brandsätze in Tempelhof und Steglitz gezündet. *pag*

Scheiben von mehreren Geschäften eingeworfen

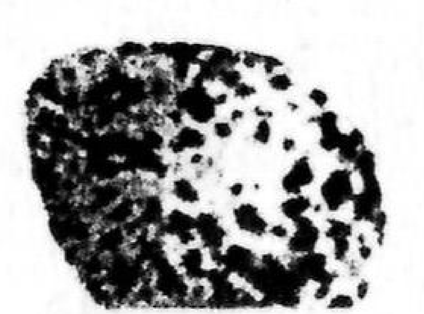
MITTE/KREUZBERG (ADN). An mehreren Stellen warfen Unbekannte Schaufensterscheiben ein.

Am Nachmittag demolierten wiederum 15 bis 20 Unbekannte neun Scheiben von fünf Geschäften am Rosa-Luxemburg-Platz in Mitte. Nach der Tat entkamen sie unerkannt. Über die Höhe des Sachschadens konnte die Polizei noch keine Angaben machen.

POLIZEIBERICHT

Vermummte blockierten Straßen

■ Nach der Räumung mehrerer Häuser in der vergangenen Woche blockierten Freitag mehrere vermummte Hausbesetzer die Oranienstraße (Kreuzberg) und beschädigten den Wagen eines Autofahrers, den sie gestoppt hatten. Zu Festnahmen kam es ebensowenig wie kurz zuvor, als die Frankfurter Allee nahe Samariterstraße blockiert wurde.



STEINE IM GETRIEBE

Polizei- und Justizterror gegen radikale Linke

Zwei Veranstaltungen zu Repression im Rahmen der BesetzerInnenwoche `96

Montag, 8.4., 20.00 Uhr

-Leben hinter Barrikaden? Umgang mit Polizeiterror in besetzten Häusern.

Haus- und PlatzbesetzerInnen sind Freiwild für die Polizei. Rechtsbrüche und brutale Übergriffe sind an der Tagesordnung, wenn die Schergen im Einsatz ihren Hass auf unangepasste Lebensformen ausleben.

°Die Fritzlaerstr. 18 in Frankfurt/Main, seit Jahren teilbesetzt, gilt der Bundesanwaltschaft(BAW) als eine Kommandozentrale der RAF. Im Zusammenhang mit dem Verfassungsschutzspitzel Steinmetz und dem Anschlag auf den Knastneubau in Weiterstadt gab es dort seit Mai `95 fünf Durchsuchungen, BewohnerInnen wurden mit Ermittlungsverfahren überzogen, drei von ihnen sitzen in Beugehaft.

°Die Marchstr. 23 in Berlin Charlottenburg ist seit Anfang `89 besetzt und gilt dem Verfassungsschutz als Hochburg der BesetzerInnenbewegung. Die Häuser werden in regelmäßigen Abständen durchsucht, beim letzten Mal am 15.12.95 wurden 18 BewohnerInnen inhaftiert.

BewohnerInnen beider Häuser schildern ihre Situation, dann Diskussion: Wie können wir uns gegen die Einschüchterungsversuche wirkungsvoll wehren? Dazu gibts Infos zu Aussageverweigerung vom Ermittlungsausschuß und Volxküche.

Ort: Infocafé Vamos, Marchstr. 23 in Charlottenburg, U- Ernst Reuter Platz

Dienstag, 9.4., 20.00 Uhr

-Razzia, Zensur und Beugehaft: Staatsschutzverfahren wg. Weiterstadt, radikal und K.O.M.I.T.E.E.

°Am 13.6.96 kam es auf Anordnung der Bundesanwaltschaft bundesweit zu über 50 Durchsuchungen. Begründet wurde diese Aktion mit Vorwürfen aufgrund von Ermittlungsverfahren gemäß §§129/129a auf Mitgliedschaft oder Unterstützung von AIZ, K.O.M.I.T.E.E., RAF und der Zeitschrift radikal. Während der Durchsuchungen wurden vier Männer inhaftiert und saßen bis zum 5./6.12. in Untersucungshaft. Im Zuge der Ermittlungen wurde ein Mann aus Bremen für fünf Monate in Beugehaft genommen, weil er sich geweigert hatte, Zeugenaussagen zu machen. Außerdem sind sieben Leute untergetaucht, um sich drohenden Haftbefehlen zu entziehen.

°Die Fritzlaerstr. 18 ist ein teilbesetztes Haus in Frankfurt/Main, in dem es im Mai 1994 die erste Durchsuchung im Zusammenhang mit Klaus Steinmetz gab. Es folgten noch vier weitere Durchsuchungen, Verfahren wurden eingeleitet, ZeugInnenvorladungen verschickt. Jens und Nick sitzen seit zwei Monaten in Beugehaft, Connie ist seit dem 11.2.96 wieder draußen, Petra seit dem 26.2. Andrea ist abgetaucht(Best of luck für Dich). Anfang Februar kamen in diesem Zusammenhang vom BKA noch 23 weitere ZeugInnenvorladungen bei Leuten aus Wiesbaden und anderen Städten an. Ein Ende ist nicht abzusehen.

Leute vom Antirepressionsbüro und aus der Fritze 18 berichten über Verfahrensstand und Prozessstrategie, dann Diskussion über Aussageverweigerung/ Beugehaft; Aussichten der Soli- Bewegung. Mit Infos zu Aussageverweigerung vom Ermittlungsausschuß.

Ort: Café Größenwahn, Kienzigstr. 9 HH III in Friedelhain, U Samariterstr.

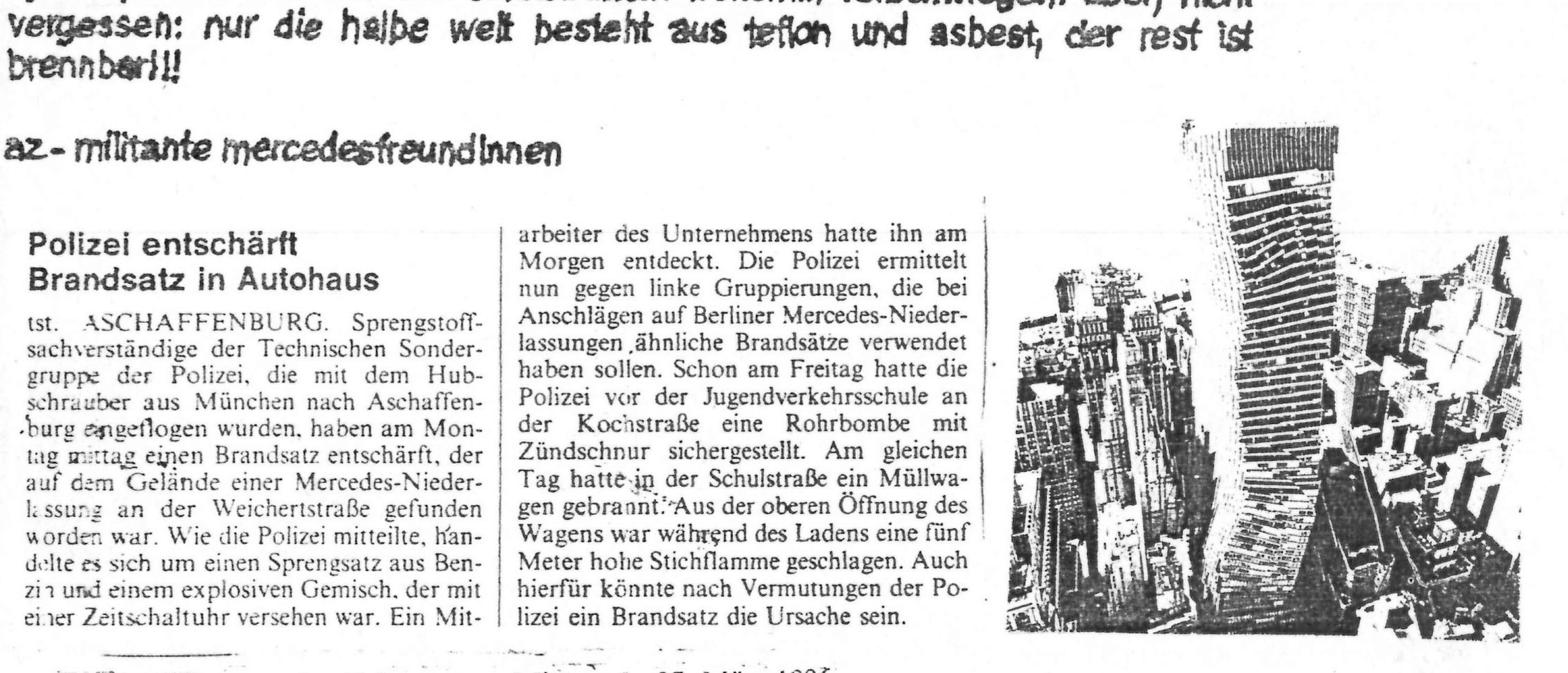
Widerstand ist nie umsonst: Solikontos

13.6.	Fritzlaer 18
Rote Hilfe eV	E. Bauer Stichwort "Fritze"
Berliner Sparkasse	BfG Bockenheim
100 500 00	500 101 11
719 007 56	355 785 3901

viSdP. A. Bruch, Alt Moabit 21a, 10585 Berlin

wir haben in der nacht von so. 24.03 auf mo. 25.03.'96 einen brandsatz beim mercedes gebrauchtwagenhändler kunzmann in aschaffenburg-damm abgelegt. leider ging er nicht, wie erwartet, mitsammt einiger nobelkarossen in flammen auf, aber daß extra sprengstoffsachverständiges per helicopter aus münchen anrückten war auch nicht schlecht, höhö... mit dem anderen kram (rohrbombe in der jugendverkehrsschule und brandsatz im müllauto ?!) haben wir nichts zu tun. interessanterweise wird der erfolgreiche erste anschlag auf kunzmann's mercedes neuwagen-autohaus (wir berichteten) von der systempresse und von den staatsbütteln weiterhin verschwiegen. aber, nicht vergessen: nur die halbe welt besteht aus teflon und asbest, der rest ist brennbar!!!

az - militante mercedesfreundInnen

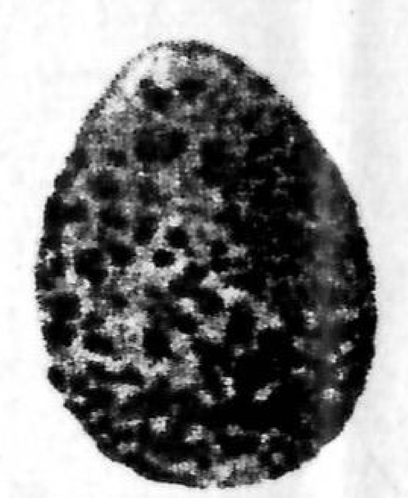


Polizei entschärft Brandsatz in Autohaus

tst. ASCHAFFENBURG. Sprengstoffsachverständige der Technischen Sondergruppe der Polizei, die mit dem Hubschrauber aus München nach Aschaffenburg eingeflogen wurden, haben am Montag mittag einen Brandsatz entschärft, der auf dem Gelände einer Mercedes-Niederlassung an der Weichertstraße gefunden worden war. Wie die Polizei mitteilte, handelte es sich um einen Sprengsatz aus Benzin und einem explosiven Gemisch, der mit einer Zeitschaltuhr versehen war. Ein Mitarbeiter des Unternehmens hatte ihn am Morgen entdeckt. Die Polizei ermittelt nun gegen linke Gruppierungen, die bei Anschlägen auf Berliner Mercedes-Niederlassungen ähnliche Brandsätze verwendet haben sollen. Schon am Freitag hatte die Polizei vor der Jugendverkehrsschule an der Kochstraße eine Rohrbombe mit Zündschnur sichergestellt. Am gleichen Tag hatte in der Schulstraße ein Müllwagen gebrannt. Aus der oberen Öffnung des Wagens war während des Ladens eine fünf Meter hohe Stichflamme geschlagen. Auch hierfür könnte nach Vermutungen der Polizei ein Brandsatz die Ursache sein.

Frankfurter Allgemeine Zeitung Mittwoch, 27. März 1996

Radikal gegen Sozialabbau

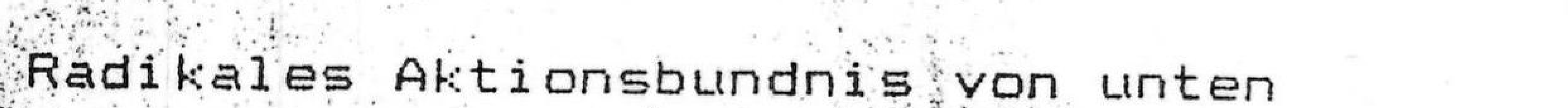


Anläßlich der Demo "DEN HAUSHALT KIPPEN" am Mittwoch,27.3.96, 17 Uhr am Rosa-Luxemburg-Platz haben wir die Dreispitz-Passage in der Friedrichstraße, Berlin Mitte, entglast.
In Friedrichshain wurde das Allee-Center, Sitz von Burgermeister Mendiburu, angegriffen.

Am 28.3. werden vom Berliner Senat weitere einschneidende Sozialkurzungen beschlossen, Streichungen im sozialen Wohnungsbau, bei Jugend-, Frauenprojekten, schwul-lesbischen Aufklarungs- und Beratungsstellen, im Bildungsbereich, Privatisierung der Wohnungsbaugesellschaften und weiterer offentlicher Einrichtungen.
Dieser massive Abbau sozialer Errungenschaften wird nicht nur in Berlin sondern bundesweit bzw. im Rahmen der EG europaweit von den Herrschenden durchgesetzt.
Daraus folgt eine immer starkere Aufspaltung in arm und reich.
Fur die meisten Menschen bedeutet diese Bonzenpolitik, die fur die steigenden Gewinne der Reichen gemacht wird, weitere Verarmung und Vertreibung. Gerade in Berlin werden im Zuge der Hauptstadtplanung massive Umstrukturierungen vor allem der Innenstadtbezirke vorgenommen, was einhergeht mit Milieuzerstorung und standig steigenden Mieten.
In Berlin werden vom Senat Milliarden fur Prestigeobjekte und Glitzerpalaste ausgegeben. Hierfur hat der "verarmte" Staat offensichtlich Geld genug.
In Berlin will der Innensenator auch bis zum Jahr 2000 alle besetzten Hauser geraumt haben und die Innenstadt vollends dem Kommerz freigeben, wo die Yuppies dann unter Bullenschutz durch die Konsumtempel flanieren konnen.
WIR lassen uns von disem Yuppie- und Bonzenpack nicht verjagen!
Friedrichstr. als Kudamm des Ostens, Frankfurter Allee als Luxusmeile, Kreuzberg als Yuppiebezirk: Beispiele fur euren Wunsch von einer sterilen, sauberen Hauptstadt und fur eure Politik gegen alle, die sozial und/oder rassistisch ausgegrenzt werden sollen./
Wir werden eure Politik von Reichen fur Reiche immer und uberall und mit vielen Mitteln angreifen!
Direkte Umverteilung von oben nach unten geht nur durch revolutionare
Umwalzung der bestehenden Verhaltnisse!

Solidaritat mit den gesuchten GenossInnen
Liebe Gruße an die Leute aus der Fritze, die in Beugehaft sitzen
Heraus zum Revolutionaren 1.Mai

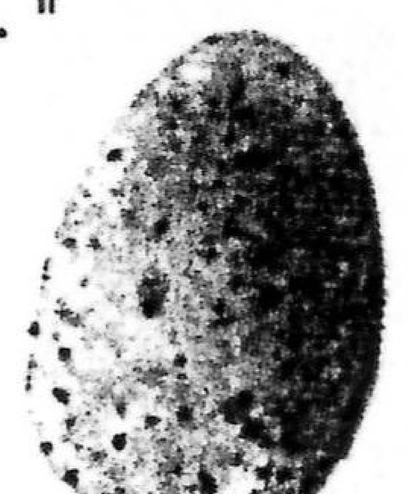
Radikales Aktionsbundnis von unten



wir haben am 28.3. während der verabschiedung des sparhaushaltes die schlösser von fraktionsbüros der cduspd im abgeordnetenhaus durch klebeversiegelung (1-komponenten-sekundenkleber) unbrauchbar gemacht. dadurch wurde der kampf von der straße zu den politisch verantwortlichen getragen.

autonome gruppe
"d.e.r. k.l.e.b.e.n.d.e. a.r.m. d.e.r. b.e.w.e.g.u.n.g."

wir kleben euch alle !



Einige Gruppen aus dem Prenzlauer Berg haben sich zusammengesetzt und über den Stand der 1.Mai-Vorbereitung geredet (24. März 1996). Neben der Festvorbereitung waren Leute der uns bekannten Gruppen vertreten.
Anlaß des Treffens war das bis dahin nicht bestätigte Gerücht, daß die geplante „revolutionäre" 1.Mai-Demo durch den Prenzlberg gehen, bzw. hier enden soll.

go to kreuzigerstreet

Während des Treffens wurde deutlich, daß alle anwesenden Personen erhebliche Schwierigkeiten mit dieser Konzeption haben:

1.) Verlauf der Vorbereitung
Nachdem die diesjährige 1.Mai-Vorbereitung von einem anderen Spektrum angeschoben wurde, als es bis '93 der Fall war, ist für uns die erste Frage, inwieweit sich diese Demonstration von den „klassischen" 1.Mai-Demos unterscheiden soll. Einige von uns waren an früheren 1.Mai-Vorbereitungen soweit beteiligt, daß uns noch sehr gut in Erinnerung ist, daß die Frage Ost- oder Westroute seit dem Anschluß zumindest ein viel diskutiertes Problem war. Seit 1992 gibt es eine eigenständige 1.Mai-Vorbereitung in Prenzlauer Berg, die Straßenfeste und anderes organisiert hat. Dabei war es für uns immer wichtig, auf die politische und soziale Situation im Stadtteil Bezug zu nehmen. Da fragen wir uns doch, ob das der diesjährigen Vorbereitunggruppe nicht bekannt ist, oder weswegen sie es sonst nicht für nicht notwendig gehalten hat, hier mit irgendjemandem Kontakt aufzunehmen. Selbst bei der Festvorbeitung Humannplatz ist bisher niemand aus der Demovorbereitung aufgetaucht, obwohl die „Zielroute Prenzlauer Berg" gerade mit dem Verweis auf das hier stattfindende Straßenfest legitimiert wird. Jedoch gerade die Festvorbereitung legt keinen Wert auf räumliche und zeitliche Überschneidungen mit der Demo. Das wurde sogar einer Vertreterin der vorbereitenden Gruppe ausdrüchlich gesagt. Nun haben wir diese Woche die ersten Flugblätter mit einem Aufruf für 13.00 Uhr Rosa-Luxemburg-Platz zu sehen bekommen. Da fragen wir uns doch, wo die Demo wohl hingehen soll? Im Aufruf zur Demovorbereitung wurde eine möglichst breite Diskussion und Beteiligung eingefordert. Allein die Routenbestimmung ist derart ignorant und instrumentell, daß wir uns fragen, ob dies die einzige Diskrepanz in der Vorberitung ist.

2.) die RIM/ RK
Mindestens genauso kontrovers wie die Route wurde früher über die Beteiligung der RIM und anderer dogmatischer Politsekten diskutiert. Zu unserem großen Erstaunen scheint auch dieser Punkt „pragmatisch" gehandhabt zu werden. Jedenfalls ist es wohl sicher, daß die RIM sich an der Demonstration und teilweise auch an der Vorbereitung beteiligt (vgl. interim 368). Wenn dies der einzige Bruch mit der 1.Mai-Tradition ist, wäre dies eine weitere Bestätigung dafür, daß diese Demo weder ein Neuabfang noch sonst irgendwie „revolutionär" ist. Es gab immerhin gute Gründe „RK von der Vorbereitung auszugrenzen". Mal ganz davon abgesehen, daß die RIMwieder die Absprachen (Redebeiträge, Lautspecherwagen) mit der damaligen Vorbereitung nicht einhielt und ihre Ziele mit massiver Gewalt gegen alle anderen beteiligten Gruppen durchzusetzen versuchte, finden wir es grotesk und völlig indiskutabel mit den Heiligenbildern auf wehenden roten Fahnen durch Ostberlin zu ziehen. Der Bezug auf den staatsmonopolistischen „Sozialismus" ist hier mehrheitlich mit Erfahrungen verknüpft, die alles andere als revolutionär sind.

3.) Militanzfetisch
Ums vorwegzunehmen: Wir sind nicht die, die „keine Gewalt" rufen. Nein mit Sicherheit nicht. Aber seinen Haß auf Staat und Gesellschaft an kleinen Läden und -Autos auszutoben ist mehr als kontraproduktiv. Wir wünschen uns einen Umgang mit Militanz, der in erster Linie von Genauigkeit und Verantwortung geprägt ist. Gerade wenn es jedoch um Demos und andere Ausgangspunkte von sog. Massenmilitanz geht, dann mußten wir in den letzten Jahren die Erfahrung machen, daß hier Darstellungbedürfnis und Adrenalinausstoß eine größere Rolle spielen als alles andere. In Situationen, in denen uns die Bullen angreifen ist es natürlich notwendig und richtig zurückzuschlagen. Alle Angriffe, die von uns ausgehen, sollten gemeinsam und vorab überlegt, und auch nur durchgeführt werden, wenn es für alle Beteilgten einen sinnvollen Rückzug gibt. Alles was auf Kosten von Unbeteilgten läuft und/oder Leute verheizt, hat bei uns nichts zu suchen.

Als Gruppen, die hier seit Jahren unspektakulärer aber kontinuierlich Arbeit leisten und uns dabei um ein solidarisches Verhältnis zu allen bemühen, die genau wie wir von diesem System benachteilgt und verarscht werden, möchten wir nicht von Leuten ignoriert werden, die immer noch spektakulär mit revolutionär verwechseln.

Gruppen und Einzelpersonen aus dem Prenzlauer Berg

Heraus zum revolutionären 1.Mai im Prenzlauer Berg!

Wir haben uns entschieden, eine eigenständige revolutionäre 1.Mai Demonstration im Prenzlauer Berg durchzuführen. Diese Entscheidung fiel nach langen Diskussionen mit GenossInnen aus den verschiedensten Gruppen über den Ablauf des Vorbereitungstreffens vom 22.3. Dazu später mehr, zunächst jedoch einiges zum Ablauf der bisherigen 1.Mai-Vorbereitung...

Wie alles anfing....

Anfang des Jahres gab es, unabhängig voneinander, von der Antifaschistischen Aktion Berlin und AG Schöner Wohnen die Initiative, wieder eine von einem breiten linken Spektrum getragene revolutionäre 1. Mai-Demonstration vorzubereiten. Dabei entstand die Idee, dieses Jahr die Demo im Prenzlauer Berg durchzuführen. Denn

1) seit 89 hat sich die Sozialstruktur in Berlin verändert. Die Umstrukturierung im Stadtgebiet wird an vielen Stellen vorangetrieben. Der Kampf dagegen wird in Prenzlauer Berg mindestens mit der selben Vehemenz geführt wie in Kreuzberg. Nicht ohne Grund fanden viele 1.Mai- Aktivitäten der letzten Jahre (Straßenfeste, militante Auseinandersetzungen) dort statt, was neben der Tatsache, das der Bezirk eine traditionell linke Hochburg Berlins ist, für eine Demo dort spricht.

2) durch den „Umzug" könnte ein Neuanfang vermittelt werden, da der Kreuzberger 1.Mai und seine Vorbereitung leider verbunden sind mit Schlammschlachten, Fraktionskämpfen und gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen linken Gruppen. Obwohl der 1.Mai weltweiter Kampftag der Linken ist, wollen sich viele Gruppen in Berlin die damit verbundenen Nervereien nicht mehr antun, und die Demo ab 13 Uhr O-Platz hat durch diese Auseinandersetzungen einiges an ihrer früheren Ausstrahlungskraft eingebüßt.

3) In keinem anderen Stadtteil hat die Polizei am 1.Mai die Lage derart routiniert unter Kontrolle wie in Kreuzberg. Mit jahrelang erprobten Einsatzplänen wird das Publikum durch die Straßen getrieben bzw. in „Katz- und Maus-Spielchen" eingebunden.

Die Idee, die Demo im Prenzlauer Berg stattfinden zu lassen, wurde von den angesprochenen Gruppen positiv aufgenommen. Daraus entwickelte sich die Vorbereitung von Blöcken, die von Gruppen mit ähnlichem Arbeitsschwerpunkt getragen werden. Konsens war von Anfang an, daß jede Gruppe von ihrem politischen Ansatz ausgehend eigenständig mobilisieren kann und keine linke Gruppe aufgrund ideologischer Differenzen von der Demo ausgeschlossen werden soll. Die Initiative kam in Gang, und neben der Antifablockvorbereitung entstanden konkrete Vorbereitungen zu einem Sozialrevolutionären Block und einem Frauen/Lesben-Block. Am 1. März fand die erste öffentliche Vollversammlung statt, in der die Ergebnisse der bisherigen Vorbereitung vorgestellt und weitere Gruppen zur konstruktiven Mitarbeit mobilisiert werden sollten. Die RK und einige andere Gruppen sprachen sich während der VV sehr vehement für einen Demobeginn ab Kreuzberg/O-Platz aus. Die wichtigsten Argumente für Kreuzberg waren dabei die bestehende Tradition seit 1987 und der große ImmigrantInnenanteil der Bevölkerung. Wir sind uns dieser Problematik von vornherein bewußt gewesen und machten daher den Vorschlag, gezielt ImmigrantInnengruppen anzusprechen, mehrsprachige Aufrufe zu verfassen und am Morgen des 1.Mai gesondert in Kreuzberg zu mobilisieren, so daß mit vielen gemeinsam in den Prenzlauer Berg gefahren werden könnte. Wir denken, daß es unter diesen Umständen sehr wohl möglich ist, daß auch aus Kreuzberg ImmigrantInnen, für die der 1.Mai eine Bedeutung hat, in den Prenzlauer Berg kommen können.

An einem Tag wie dem 1. Mai ist es uns außerdem wichtiger, revolutionäre Inhalte und Praxis zu vermitteln, als stur an der Tradition eines Ortes zu kleben. Dem „Traditions"-Argument zufolge hätte eine revolutionäre 1.Mai-Demo immer noch im Wedding stattfinden müssen, da dort historisch gesehen die größten Demonstrationen und Aufstände der ArbeiterInnenbewegung in Berlin stattgefunden haben.

Auf der VV konnte in diesem Punkt jedoch keine Einigkeit erzielt werden, so daß die Entscheidung über den Ort auf das nächste Vorbereitungstreffen vertagt wurde. Jedoch kam es auch auf diesem Treffen zu keiner Einigung, da sich die Diskussion um den Ort wiederholte, wobei keine neuen Argumente mehr ausgetauscht wurden. Anbetracht der Tatsache, daß der 1.Mai immer näher rückt und noch immer keine Entscheidung für den Ort steht, wurde beschlossen, daß die Diskussion in die Gruppen zurückgetragen wird und am darauffolgenden Treffen am 22.3. ohne weitere ausführliche Diskussion per Abstimmung eine Entscheidung getroffen wird.

Das Vorbereitungstreffen vom 22.3.

Für dieses Treffen war geplant, sich durch Diskussion und Abstimmung nach Gruppen sowohl auf den Ausgangspunkt der Demonstration als auch auf eine mögliche Beteiligung der RK an der Vorbereitung zu einigen. Zu beidem kam es jedoch nicht, obwohl dieser Ablauf auf dem vorherigen Treffen so beschlossen wurde. Die gleichen Gruppen, die schon zuvor für Kreuzberg/O-Platz plädiert hatten, lehnten eine Abstimmung ab und wollten erneut über den Ort des Demobeginns diskutieren, obwohl völlig klar war, daß sich die Diskussion wieder im Kreis drehen würde.

Zusätzlich waren die RK zu dem Vorbereitungstreffen eingeladen worden, was für einige Gruppen, die sich wegen den Erfahrungen der vergangenen Jahre mit den RK keine Zusammenarbeit in einem Vorbereitungskreis vorstellen konnten, bereits ein deutliches Entgegenkommen war. Die RK sollten nicht von vornherein von einer Entscheidung Kreuzberg oder Prenzlauer Berg ausgeschlossen werden. Allerdings schufen diese mit einem in Berlin breit verteilten Flugblatt „Die revolutionäre 1. Mai Demo vom O-Platz aus findet statt!" bereits im Vorfeld des Vorbereitungstreffens Fakten über den Demo-Beginn. Von da an war keine solidarische Diskussion mehr möglich, da ab jetzt die Zeit gegen die Mehrheit der Gruppen im Vorbereitungskreis arbeitete, die eine Demo im Prenzlauer Berg wollte. Was von der propagierten „revolutionären Einheit" der RK zu halten ist, zeigt sich darüberhinaus auch am Inhalt ihres 8-seitigen Flugblatts, in dem sie in üblen Polemiken gegen Teile der Blockvorbereitungen zum 1.Mai hetzen.

Wir haben kein Interesse daran, daß die weitere Vorbereitung der Demonstration durch solche verbalen Schlammschlachten überschattet wird und werden daher auch nicht weiter darauf eingehen. Eine Grundlage für einen konstruktiven, gemeinsamen Vorbereitungskreis mit den RK sehen wir jedenfalls nicht.
Tatsache ist allerdings, daß sich ein Großteil der Gruppen, die sich bisher an den Blockvorbereitungen für die Demonstration beteiligen und damit deren materielle und inhaltliche Grundlage stellen, nach wie vor für Prenzlauer Berg ausspricht.

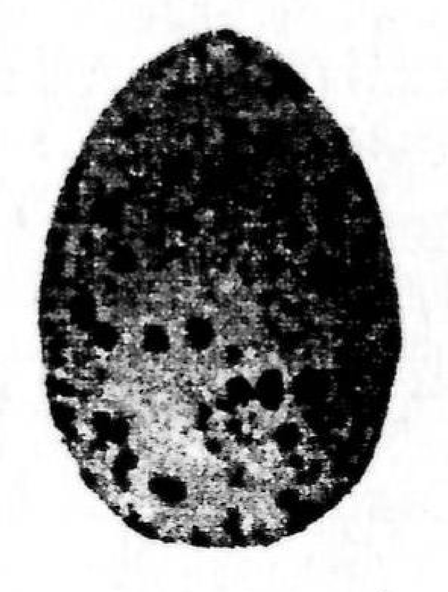
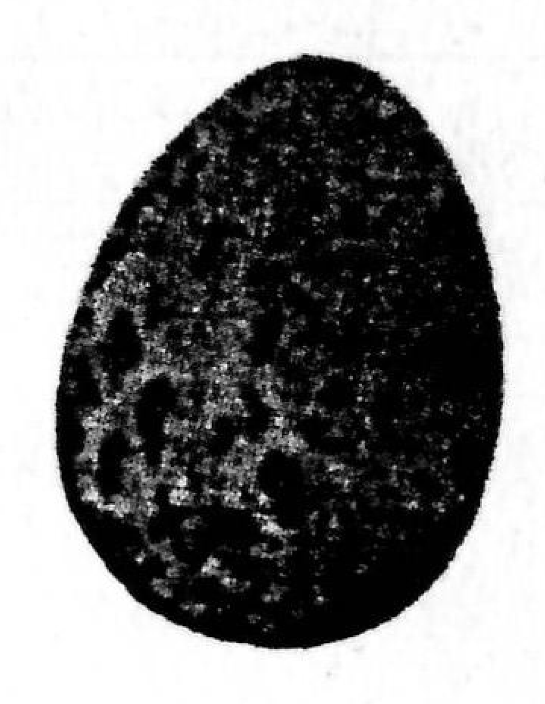
Der Kompromißvorschlag

Von einigen O-Platz-BefürworterInnen wurde als Kompromiß eine Demonstration vorgeschlagen, die um 13 Uhr am O-Platz beginnt (um diesen Mobilisierungspunkt nicht zu verlieren) und nach Mitte (Rosa-Luxemburg-Platz) gehen soll, von wo aus um 14:30 Uhr die Demonstration gemeinsam mit denen fortgesetzt wird, die nur eine Demo im Prenzlauer Berg haben wollen.
Aber dieser Kompromiß ist kein Kompromiß, sondern eindeutig eine Entscheidung für eine Demonstration 13 Uhr O-Platz, wie gehabt. Dazu spielt es keine Rolle, ob 13 Uhr O-Platz „nur" Mobilisierungspunkt ist und die „eigentliche" Demo auf dem Papier dann ab Rosa-Luxemburg-Platz starten soll. Die RK werden für diese Demonstration ab O-Platz selbstverständlich eine dominante Rolle in der Vorbereitung für sich einfordern, da sie die Demonstrationen der letzten beiden Jahre dort maßgeblich vorbereitet hatten. Abgesehen von weiteren, vermutlich wenig konstruktiven Auseinandersetzungen mit den RK um Demomotto, Aufruf etc. würden viele Gruppen die Demovorbereitung verlassen, da für sie eine gemeinsame Demovorbereitung mit den RK nicht in Frage kommt. Auch einige der Gruppen, die sich für den O-Platz aussprachen, können sich eine Vorbereitung mit ihnen ohne eine breitere Beteiligung anderer Gruppen nicht vorstellen. Aber den Part, Mobilisierungsmasse zu stellen und durch unser Mitwirken eine Dominanz der RK zu verhindern, können und wollen wir nicht übernehmen.
Es bleiben noch einige weitere Fakten, die deutlich dagegen sprechen:
1) Die Demonstrationsroute ist sehr lang und sie führt unvermeidbar auch über Brücken, breite Straßen und wenig bewohntes Gebiet .Zum einen wirkt sich so eine Route immer auch stimmungsdrückend auf die TeilnehmerInnen aus, zum anderen werden dadurch Angriffe der Bullen wesentlich erleichtert. Es stimmt, daß eine Demo natürlich auch in bewohnten, kleineren Straßen angegriffen werden kann. Aber wir müssen es ihnen dabei nicht noch leichter machen. Spätestens die Erfahrungen von 1993 mit einer ähnlichen Route sollten uns das gelehrt haben.
2) Es ist überhaupt nicht absehbar, ob die, die in Kreuzberg losgehen, auch tatsächlich am Mobilisierungspunkt Rosa-Luxemburg-Platz ankommen. Durch ständige Provokationen und Übergriffe der Bullen kann es leicht zu Verzögerungen kommen, so daß am Rosa-Luxemburg-Platz ewig lang gewartet werden müßte, was immer auch zu einem Abwandern der Leute führt.
3) Durch die ganzen möglichen Verzögerungen wird das Fest am Humannplatz bereits weitgehend gelaufen sein bzw. gar nicht richtig in Gang kommen. Selbst wenn alles glatt gehen würde, wäre ein Ende des Demomarathons wohl frühestens um 17/18 Uhr.
Genug Gründe also, sich mit einem breiten Bündnis linksradikaler Gruppen nun endlich an die konkrete Vorbereitung einer Demonstration im Prenzlauer Berg zu machen und keine weitere Zeit zu verlieren! Trotz des bedauerlichen Zustands, daß es zwei Demos geben wird, steht die Entscheidung des gemeinsamen Plenums noch aus, ob sich beide Demos an einem Punkt treffen sollen. Die AG's zu Pressearbeit, Mobilisierung, Aufruf und Demotechniks beginnen, die Mobilisierung auf Demos, Konzerten etc. läuft an. Jetzt gehts los!
Wir wollen am 1.Mai gemeinsam mit allen Menschen demonstrieren, für die dieser Tag als Kampftag für die revolutionäre Veränderung der Gesellschaft, für den Kampf gegen das imperialistische System und kapitalistische, rassistische und sexistische Unterdrückung steht.
Wir fordern daher alle sich als Linke, fortschrittlich begreifenden Menschen, alle kommunistischen, libertären, sozialrevolutionären Gruppen auf: Beteiligt Euch an der Vorbereitung, und dann....

Raus auf die Straße! Heraus zum revolutionären 1.Mai im Prenzlauer Berg!

Demonstration 1. Mai 1996
13 Uhr Rosa-Luxemburg-Platz!

Folgende Gruppen nahmen am Vorbereitungstreffen vom 29.3.96 teil und tragen dieses Papier mit:
Rote Söckchen Friedrichshain, AG Schöner Wohnen, Häusermob, Ökologische Linke Berlin, Der Umzug Platzt (DUP), AGAG, FAU OG Berlin/Hellersdorf, Antifa Marzahn/Hellersdorf, Antifa Jugend Front, Antifaschistische Aktion Berlin, Jugendantifa Friedrichshain

Stellungnahme einiger KommunistInnen zur Interim Nr.369 (wg. revolutionären 1.Mai Demo)

Jetzt sind also die Vorbereitungen konkret geworden und von allen Seiten werden -wie jedes Jahr - die verschiedensten Anforderungen an die Vorbereitungsgruppe gestellt. Ganz grundsätzlich: am leichtesten wäre es, wenn alle , die bestimmte Vorstellungen haben, sich aktiv in die Vorbereitung einklinken. In jedem anderen Fall tragen sie nämlich nur mit bei zu dem Frust, wegen dem so viele Linksradikale sich nicht mehr bei der Organisierung der Demo einbringen. Wir wollen aus unserer Sicht zu einigen der aufgeworfenen Fragen Stellung beziehen:

Aus der Interim Nr.369:
<u>-wegen der relativen Akzeptanz der RIM dränge sich der Verdacht auf, daß in der Vorbereitung selbst autoritäre Positionen existieren</u>
Die inhaltliche Diskussion in der Linken ist teils fundiert, teils oberflächlich, auf jeden Fall aber: uneinheitlich. Was soll da ein Begriff wie „autoritär" bedeuten, der stark suggestiv wirkt, aber keine politische Kategorie darstellt. Solange der Begriff nicht inhaltlich gefüllt ist, bedeutet seine Anwendung Willkür und ist meistens antikommunistisch geprägt.

Und mal ganz grundsätzlich zum Ausschluß von Positionen: Völlig klar ist, daß auf der Demo keine linke Gruppe ausgeschlossen werden darf. Die bisherige Diskussion ging nur darum, wieweit die RK IN DER VORBEREITUNG mitmachen dürfen, und zwar wegen ihrer konkreten unsolidarischen Verhaltensweisen der letzten Jahre.

Selbst der Aufruf zum revolutionären 1.Mai spiegelt immer nur die Meinung einer kleinen Minderheit der TeilnehmerInnen wider, was sich die letzten Jahre deutlich gezeigt hat. Der erste Mai steht für eine Idee, die einzige Gemeinsamkeit der Teilnehmenden ist Einsicht in die Notwendigkeit, die herrschenden Verhältnisse fundamental umzuwälzen. Dem muß Rechnung getragen werden: durch eine für alle akzeptable Parole und durch die Möglichkeit, mit eigenen Blöcken und eigenen Aufrufen die Unterschiede deutlich zu machen. So können Leute für die eigene Position mobilisiert und gewonnen werden. Die vermeintliche Chance, durch Powern die eigenen Inhalte als Inhalte der Gesamtdemo durchzudrücken, hat seit 88 zu oft zu abschreckenden Situationen geführt. Also:
-Keine Ausschlüsse gegen links und
-Abgrenzung:wer's nötig hat.

<u>-Probleme mit der bundesweiten Mobilisierung</u>
Mal ganz abgesehen davon, daß der Berliner 1.Mai sowieso bundesweite Anziehungskraft besitzt und deswegen völlig egal ist, ob dies ausdrücklich auf dem Plakat betont wird: Noch ist völlig unklar, ob die Gesamtdemo als bundesweit deklariert wird. Von bundesweiten Vorbereitungstreffen war bisher noch nicht die Rede. und wenn z.B. Gruppen aus der Hausbesetzer-Szene in ihrem Bereich -wie angekündigt- bundesweit mobilisieren, finden wir das völlig O.K. und bei Problemen damit solltet ihr euch gezielt an die einzelnen Gruppen wenden.

<u>-zu den auf der VV geäußerten Befürchtungen, der Auftakt-Ort Rosa-Luxemburg-Platz bedeute eine Nationalisierung der revolutionären 1.-Mai-Demo und eine antikommunistische Entscheidung</u>
Da für uns dieses Jahr der kurdische Befreiungskampf und die konkrete Solidarität dazu eines der zentralen Themen sein wird, finden wir diese Befürchtung unberechtigt. Dabei wird die Frage des Auftaktortes mit einer Bedeutung aufgeladen, die ihr nicht zusteht. Im Gespräch hat uns eine ImmigrantInnengruppe erklärt, daß zwar eventuell in Kreuzberg mehr ImmigrantInnen auf die Demo kommen könnten, aber deswegen, weil es direkt vor der Haustür stattfindet. Mehrere andere angefragte MigrantInnengruppen überlegen momentan, wie weit sie sich an der Demo beteiligen wollen.. Dabei spielt die Frage der Einschätzung der Demo eine viel wichtigere Rolle als ihr Beginn in Ost-Berlin.

Nochmal ganz grundsätzlich: Im Moment kracht es in Berlin fast täglich. Konzernfilialen werden angegriffen, Rathäuser entglast,Nobelkarossen abgefackelt, breiter Widerstand gegen den Sozialabbau organisiert. Diese Stimmung wird mit Sicherheit am 1.Mai ihren Ausdruck finden.. Wir werden unseren Teil dazu beitragen und finden das viel wichtiger als die innerlinken Reibereien, die in den letzten Jahren viel zu oft den 1.Mai bestimmten. Eine wie auch immer geartete Vereinheitlichung ausgerechnet in der Vorbereitung zum 1.Mai finden zu wollen, ist ein aussichtloses Projekt. Annäherung läuft über gemeinsame und langfristige Politik. Der 1.Mai ist nur ein symbolisches Datum, daß die radikale Linke aber in ihrem Sinn gestalten muß.

Kein Friede mit dem Imperialismus!
Einige KommunistInnen, die sich an der Vorbereitung
beteiligen zu Rosa-Luxemburg-Platz, 13 Uhr

Hallo!
Bei der ganzen Diskussion um den 1.Mai finde ich es wichtig, einige Punkte noch mal festzuhalten, da diese Positionen entweder nicht richtig rübergekommen sind oder aber gern übersehen werden.
Es geht überhaupt nicht darum (wie von ein paar Gruppen behauptet und befürchtet), kommunistische Gruppen von der Vorbereitung und/oder der Demonstration im Prenzlauer Berg auszuschließen. Einzige Ausnahme sind die RK (und auch dort betraf das nur die Vorbereitung, nicht die Demo). Für einige kommunistische Gruppen scheint ihre Teilnahme aber auf den O-Platz beschränkt zu sein. Warum diese Frage eine Frage des Ortes sein soll, ist mir schleierhaft. Ich würde einen roten Block auf einer Demonstration im Prenzlauer Berg sehr begrüßen, und dieser Block hätte dort ebenso Platz, wie ein sozialrevolutionärer Block. Überhaupt, es besteht Agitationsfreiheit, und vor den Inhalten anderer sollte niemand Angst haben, sondern versuchen, mit besseren Inhalten zu überzeugen! Und zwar ohne Schlammschlachten oder gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Gruppen. Dies betrifft alle Seiten!
Der Vorwurf einer „wabbligen Breite" der Demo (letzte Interim) ist lächerlich, denn eine wie auch immer geartete wabblige Breite besteht auch bei allen „reinen" Autonomen-Demos. Auch unter autonomen Gruppen gibt es schließlich anarchistische, kommunistische... kurzum, die ganze wabblige Breite der Linken. Wer das nicht will, ist tatsächlich SektiererIn.
Es geht auch nicht um einen Abschied vom Internationalismus. Überhaupt nicht! Auch dies kann nicht eine Frage des Ortes sein. Und ImmigrantInnen die Fähigkeit abzusprechen, sich auch außerhalb Kreuzbergs bewegen zu können, ist voll daneben. Die beweisen nämlich täglich das Gegenteil, und auch die kurdischen GenossInnen zeigen immer wieder, daß es ihnen um die Inhalte und die Wichtigkeit einer Demo geht, und nicht um einen fixen Ort. Natürlich liegt es in der Verantwortung des Vorbereitungskreises, ImmigrantInnen in die Mobilisierung mit einzubeziehen. Durch Aufrufe, Spuckies, Plakate in verschiedenen Sprachen, und durch das direkte Ansprechen von ImmigrantInnengruppen (sofern sie noch nicht angesprochen wurden) und Einladung, sich an der Vorbereitung zu beteiligen. Dieser Verantwortung muß der Vorbereitungskreis gerecht werden!

Für eine rote, internationalistische 1.Mai-Demo im Prenzlauer Berg!

Einer, der die bisherige Vorbereitung mitverfolgt hat

Widerspenstig und lebendig
1.Mai 1996, 10 Uhr, Humannplatz
Straßenfest

Seit über 100 Jahren feiern Lohnabhängige, Erwerbslose und andere an den Rand der Gesellschaft gedrängte Menschen den ersten Mai. Dieser Aktions- und Kampftag ist immer wieder Anlaß, die gesellschaftlichen Widersprüche anzuprangern. In Berlin ist es Tradition, nicht nur zu demonstrieren, sondern auch gemeinsam fröhliche Straßenfeste zu feiern.
Zum Kämpfen gibt es Gründe genug:
Während in unglaublichem Ausmaß Büroleerstand produziert wird, steigen die Wohnraummieten ins Unbezahlbare. Gleichberechtigung der Frauen: Ein leeres Wort. Die Arbeitslosigkeit steigt. Löhne und Sozialleistungen sinken. Für viele entstehen ausweglose Lebenssituationen. Und dabei werden einige wenige, werden die großen Unternehmen und Banken immer reicher auf Kosten der anderen.
Bei Schulen, im Jugend- und im Kulturbereich werden Gelder auf Teufel komm raus gestrichen. Die AusländerInnengesetzgebung und Abschiebepraxis verletzen die Würde der davon betroffenen Menschen und gefährden nicht selten ihr Leben. Nazis prügeln auf den Straßen, während Saubermänner zunehmend unwidersprochen ihre reaktionäre und rassistische Propaganda verbreiten können.
Die Herrschenden in der BRD bereiten innen- und außenpolitisch die militärische Option zur Durchsetzung ihrer Großmachtinteressen vor.

Laßt uns gemeinsam an diesem 1.Mai im Prenzlauer Berg ein Fest feiern! Dazu wird bisher vorbereitet :

Musikdarbietungen,
Fußballturnier,
Austellungen, Informationsstände,
Essen und Trinken
Grafitti Wände;
Kinderfest
Diskussionzelt

Wir wollen darüber beraten, was wir - mit all unserer Buntheit und Unterschiedlichkeit - gemeinsam tun können, um uns zur Wehr zu setzen!

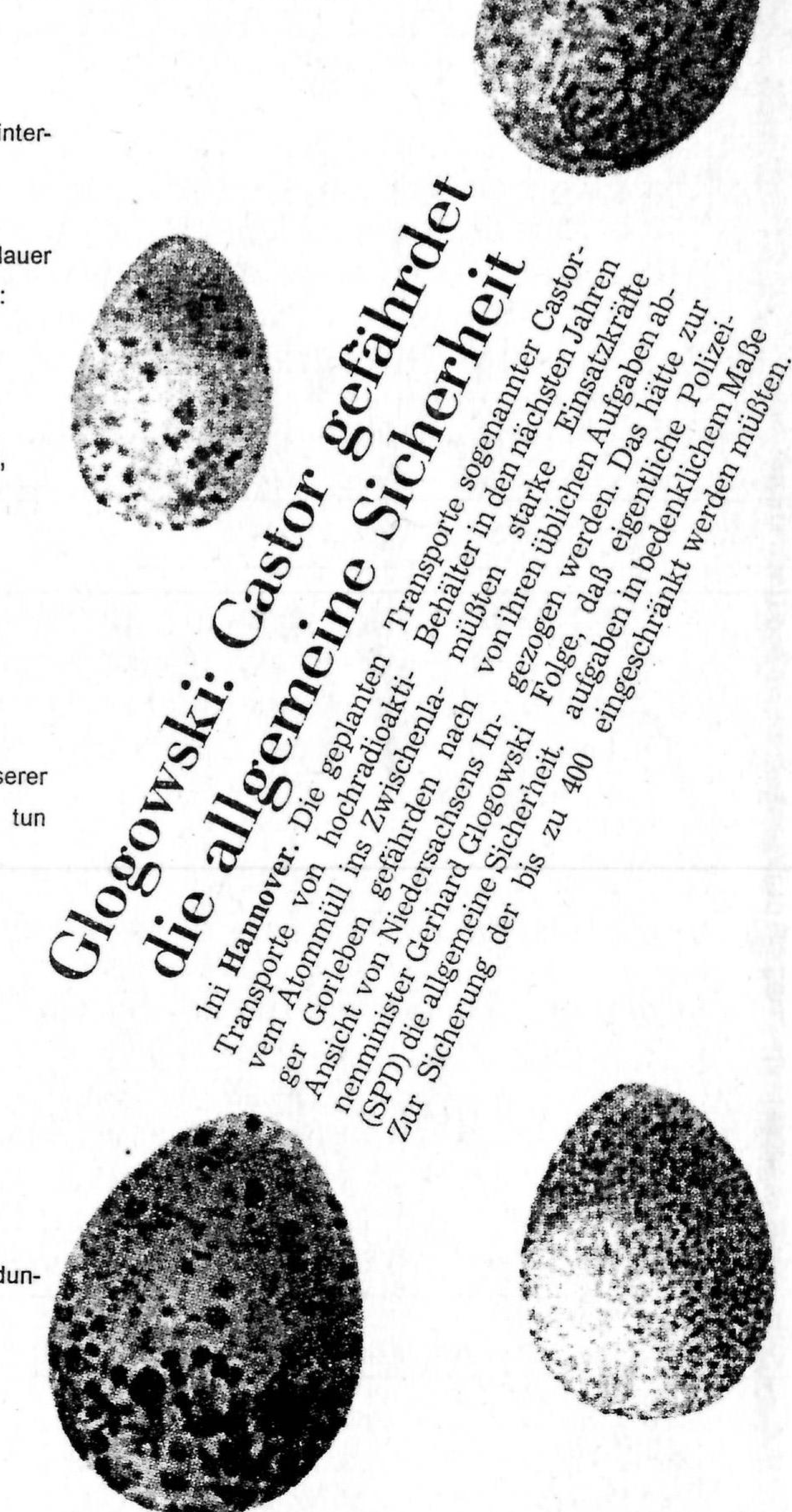
Themenschwerpunkte sind:

- Sozialabbau und Haushaltskürzungen
- Kapital und Arbeit
- Militarismus und deutsche Außenpolitik
- Repression

Uns ist wichtig ein Fest 'von unten' zu feiern.

Kontakt zur Festvorbereitungsgruppe und Anmeldungen für Stände oder sonstige Aktivitäten :
Baobab - Winsstr. 53-Berlin P-Berg
Tel/Fax: 442 61 74
baldige Meldungen wären vorteilhaft !!

Aufrufer:1.MAI 96 c/o Baobab Winstraße 53 Berlin



Glogowski: Castor gefährdet die allgemeine Sicherheit

lni **Hannover**. Die geplanten Transporte von hochradioaktivem Atommüll ins Zwischenlager Gorleben gefährden nach Ansicht von Niedersachsens Innenminister Gerhard Glogowski (SPD) die allgemeine Sicherheit. Zur Sicherung der bis zu 400 Transporte sogenannter Castor-Behälter in den nächsten Jahren müßten starke Einsatzkräfte von ihren üblichen Aufgaben abgezogen werden. Das hätte zur Folge, daß eigentliche Polizeiaufgaben in bedenklichem Maße eingeschränkt werden müßten.

An alle FrauenLesben:

1. Europäisches Treffen für eine menschliche Gesellschaft und gegen den Neoliberalismus vom 30. Mai- 2. Juni 1996 in Berlin

Vorgeschichte und Idee des Treffens

Am 1. Januar wurde Mexiko in die gemeinsame Freihandelszone "Nafta" mit den USA und Kanada integriert und trat somit symbolisch in die "1.Welt" ein. Ebenfalls am 1. Januar 94 besetzten indianische Aufständische (EZLN) im Bundesstaat Chiapas mehrere Städte und erklärten der mexikanischen Regierung den Krieg. Zwei Jahre später hat sich in Mexiko die Situation grundlegend verändert. Während die seit Dezember 1994 von Präsident Zedillo geführte Regierung aufgrund wirtschaftlicher Rezession und interner Machtkämpfe in eine ernsthafte Krise geraten ist, hat die EZLN an politischem Einfluß gewonnen. Militärisch unterlegen und in den Lacandonischen Urwald zurückgedrängt, haben die Zapatistas einen gesellschaftlichen Wandel eingeleitet, der die über 60 Jahre alte Herrschaft der Staatspartei PRI ins Wanken bringt. Was uns hierbei als wichtig erscheint, ist, daß der Aufstand der EZLN nicht auf eine militärische Machtübernahme abzielt, sondern auf die Zerstörung der Machtzentren selbst und darauf, den Leuten selbst die Entscheidungsmacht über ihr Leben in der Gesellschaft zurückzugeben.

Im Januar 1996 gab nun die Zapatistische Befreiungsarmee EZLN in Mexiko ihren Vorschlag zur Durchführung eines interkontinentalen Treffens für die Menschheit und gegen den Neoliberalismus vom 27. 7.- 3.8.96 in Chiapas, Mexiko, bekannt. Leute und Gruppen aus der ganzen Welt sind eingeladen, sich daran zu beteiligen. Zur Vorbereitung schlug die EZLN kontinentale Treffen (in Amerika, Afrika, Europa, Ozeanien und Asien) vor, auf denen über die politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Folgen des Neoliberalismus in unseren jeweiligen Ländern diskutiert werden soll.

Auf dem 1. Europäischen Treffen soll es also weniger um eine weitere Soliveranstaltung für die EZLN gehen. Vielmehr wollen wir auf dem Forum eine Bestandsaufnahme der Auswirkungen neoliberaler Politik auf unseren Alltag, unsere Gesellschaft hier versuchen, Erfahrungen über unsere jeweiligen Widerstandsformen austauschen, uns über koordinierte politische Aktionen gegen die Neue Weltordnung streiten -und vielleicht verständigen- und wenn möglich über unsere unterschiedlichen Vorstellungen von einer 'menschlichen Gesellschaft', über unsere- vielleicht ja doch noch vorhandenen-Utopien sprechen.

Somit sehen wir in diesem europäische Treffen eine gute Gelegenheit, uns mit unseren Sichtweisen und Themen in den weltweiten Diskussionsprozeß einzubringen, der von Mexiko aus eingeleitet worden ist.

Wir & der Neoliberalismus ... oder: was uns das Treffen angeht...

Steigende **Arbeitslosigkeit,** Lohnsenkungen, Kürzungen der Arbeitslosen- und Sozialhilfe, steigende Lebenshaltungs- und Mietkosten, Kürzungen im Gesundheits- und Bildungsbereich und der Leistungen für Behinderte, zunehmende **Obdachlosigkeit** und immer stärkere **"Illegalisierung"** und Kriminalisierung von Flüchtenden, ein Lebensalltag der immer stärker von **Isolation**, Leistungsdruck und **Konkurrenz** gekennzeichnet ist, all das kann in unseren Augen als Folge und gleichzeitig als Bedingung des gegenwärtigen neoliberalen Projekts und des blinden Glaubens an die "Selbstregulierungskräfte des freien Marktes" verstanden werden.

Daß wir FrauenLesben aufgrund von HERRschaftsstrukturen wie Sexismus und Heterosexismus innerhalb der patriarchalen Gesellschaft noch in anderer Weise von diesen Verschlechterungen der Verhältnisse betroffen sind, erleben wir tagtäglich.

Genauso verstärken sich unter diesen Umständen andere HERRschaftsstrukturen wie Rassismus, Nationalismus, Antisemitismus, Behindertenfeindlichkeit, Fundamentalismus,etc. als Mechanismen zur Diskriminierung und Ausgrenzung bestimmter Bevölkerungsgruppen.

So ist bekannt, daß ehemalige DDR-FrauenLesben nach der Vereinigung unverhältnismäßig stärker von Arbeitslosigkeit betroffen sind als ehemalige DDR- Männer, daß weitaus mehr Rentnerinnen unter dem Existenzminimum leben als Rentner, daß die (hetero)sexistische **Gewalt** gegen Mädchen, Frauen und Lesben eher zunimmt und sich beispielsweise auch im weltweiten Frauenhandel ausdrückt, etc., etc., etc.,...

Aus diesen Gründen erscheint es uns als wichtig, unsere besondere Perspektive als LesbenFrauen in die Diskussion um die Auswirkungen des Neoliberalismus, die Strategie der Gegenwehr und die Entwürfe für eine 'menschliche Gesellschaft' miteinzubeziehen, das heißt, sie auch auf dem 1. Europäischen Treffen für eine menschliche Gesellschaft und gegen den Neoliberalismus zur Sprache zu bringen:

Deshalb möchten wir hiermit alle Mädchen, Migrantinnen, Behinderte, Lesben und Frauen dazu aufrufen, sich an dem 1. Europäischen Treffen zu beteiligen, um auch dort unseren Positionen Gehör zu verschaffen.

Wir & die menschliche Gesellschaft... oder: selbstbestimmt Widerstand üben- gemeinsam

In erster Linie versprechen wir uns von dem Treffen eine Gelegenheit, endlich (wieder) einen Austausch und eine Diskussion unter den unterschiedlichen FrauenLesben aus verschiedenen Teilen Europas anzustoßen: Austausch und Diskussion über unsere Erfahrungen aus dem Alltag, über den Neoliberalismus, über unterschiedliche Formen des Widerstands, darüber, wie wir unsere vereinzelten Kämpfe wieder zusammenbringen könnten und nicht zuletzt über **unsere** Vorstellung von einer menschlichen Gesellschaft und den Weg dorthin.

Denn im Moment stellen wir eine starke Zersplitterung der Bewegung fest: .... immer seltener finden Diskussionen in einem größeren Kreise statt, in denen Zusammenhänge hergestellt werden könnten.

Wie die EZLN sind wir der Auffassung, daß wir als vereinzelte Gruppen/ Einzelpersonen nicht viel gegen die weltweite neoliberale Entmenschlichung ausrichten können,sondern daß es wichtig ist, unseren Widerstand zusammenzubringen und daß es einer Vernetzung und breiten Organisierung bedarf; einer breiten -parteiunabhängigen- Organisierung, in der jedoch nicht einige Wenige den vielen Anderen ein fertiges Konzept aufdrücken, sondern die Raum und Zeit für Auseinandersetzungen läßt und vor allem den Einzelnen die Verantwortung dafür zurückgibt, selbstbestimmt eigene Ideen und Forderungen zu entwickeln.

Dies beides -breite Organisierung und Selbstbestimmung- miteinander zu vereinbaren, ist ein hoher Anspruch, geht es doch darum, einen breiten Widerstand zu organisieren und dabei innerhalb der Bewegung zu versuchen, unterschiedliche Standpukte zwar offenzulegen aber gegebenfalls auch mal stehen zu lassen: das heißt zu versuchen, alle Herrschafts- und Dominanzmomente abzubauen: "Mut zur Vielfalt in der Einheit"!

Dies kann unseres Erachtens nur im Rahmen eines **langen Diskussions- und Vernetzungsprozesses** passieren . Das 1. Europäische Treffen für eine menschliche Gesellschaft und gegen den Neoliberalismus könnte unseres Erachtens ein Anfangspunkt hiervon sein- je nachdem, was wir daraus machen!

Deshalb würden wir uns wünschen, daß sich möglichst viele FrauenLesben an dem Treffen beteiligen und ihre Erfahrungen, Organisierungsvorschläge und Utopien (im Rahmen von Frauen Lesben Arbeitsgruppen) einander vorstellen und miteinander diskutieren.

Jedoch gibt es bisher noch keinen verbindlichen organisatorischen Rahmen für die FrauenLesbenveranstaltungen und auch nur wenige Vorstellungen über den konkreten Beitrag von FrauenLesben (z.B. in form von Arbeitsgruppen, thematischen Diskussionsrunden etc.) zu dem Treffen.

Auch die Begriffe „Neoliberalismus“ und „menschliche Gesellschaft“werden von einigen FrauenLesben noch als diskussionswürdig betrachtet.

Also laden wir hiermit alle FrauenLesben, die durch dieses Papier neugierig geworden sind, ein zu einem Treffen, auf dem wir versuchen wollen, zusammen Vorstellungen davon zu entwickeln, wie unsere Beteiligung an dem 1. Europäischen Treffen für eine 'menschliche Gesellschaft' und gegen den 'Neoliberalismus' aussehen könnte.

Dieses Treffen wird am Sonntag, den 14.April 1996 um 18.00 Uhr in den Räumen des FDCL (Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile und Lateinamerika) im Mehringhof, Gneisenaustr. 2a statt. Ihr seid alle herzlich eingeladen!!!

Unsere Forderung war und ist, daß"Land und Freiheit"/Edition Nautilus sich öffentlich von Droste distanziert und seine Publikationen nicht mehr verlegt.
Solange dies nicht geschieht, lehnen wir jede Zusammenarbeit mit "Land und Freiheit" ab.
Dies gilt auch für das 1. Europäische Treffen vom 30.05. - 02.06.96 in Berlin und die entsprechenden Vorbereitungstreffen.
Wir sollten "Land und Freiheit" an den eigenen Äußerungen messen, die uns im Zusammenhang mit ihrem Verhalten zu Droste schon als dreiste Zumutung und Verarschung vorkommen.
Aus: "Redaktion Land und Freiheit: Im Jahr III des Zapatistischen Aufstands, Bilanz und Perspektiven ("Land und Freiheit" Nr. 20, 18.02.96):
"Erkennbar wurden Elemente einer neuen revolutionären Praxis, die für alle emanzipatorischen Tendenzen exemplarischen Charakter haben. (...) die Zapatistas (...) verstärken darin aber im organisierten Kampf Kräfte und Tendenzen, die reaktionär-patriarchalischen Beschränktheiten der indigenen Gemeinden zu durchbrechen. Der Aufstand selber ist der Prozeß einer inneren Revolutionierung der traditionellen Lebensweisen und herrschaftlichen Verhältnisse". (S.2) "Wir sehen keinen Grund darin, die zapatistische Bewegung zu verherrlichen und die reale Rückständigkeit im Emanzipationsprozeß zu beschönigen. So macht ein zapatistisches Programm - wie das im Gesetz der Frauen - noch keine Befreiung von Herrschaftsverhältnissen aus; nur das praktische Verhalten zu den programmatischen Zielen ist das Kriterium der Bewertung." (S.5)

Der Text stammt tatsächlich von "Land und Freiheit"!

Sich herablassend über reaktionär-patriarchale Beschränktheiten bei den Zapatistas äußern, sich andererseits hinter Droste stellen und damit sexueller Gewalt gegen Kinder Vorschub leisten, daraus spricht schon eine unglaubliche Arroganz.

Nur das praktische Verhalten zu den programmatischen Zielen ist das Kriterium der Bewertung! So ist es!

In diesem Sinne ein Ya basta!

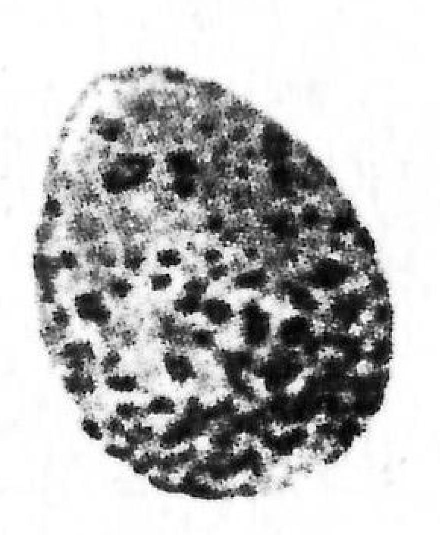
Autonome Chiapas-Gruppe Hamburg und einige Einzelpersonen (ein längeres ausführlicheres Papier folgt demnächst).

25.03.96

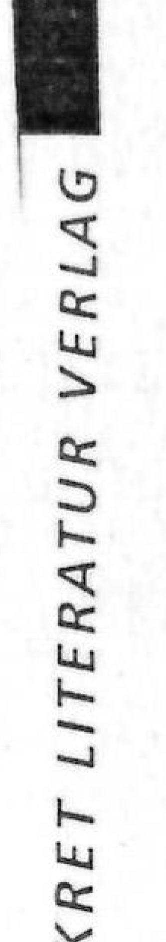
Wir werden voraussichtlich Mitte Mai eine Veranstaltung mit mexikanischen Genossinnen machen. In diesem Rahmen werden wir dann auch über den Stand der Vorbereitung zum 1. Europäischen Treffen für eine menschliche Gesellschaft und gegen den Neoliberalismus vom 30.05. - 02.06.96 in Berlin informieren.
Wir begegnen diesem Treffen mit einer gewissen Skepsis. Weniger, was die Intention der Zapatistas angeht. Die können mit dem interkontinentalen Treffen als Ausdruck internationaler Solidarität und medienwirksamer Propagandashow politisch nur gewinnen. Für die bundesdeutsche Soli-Szene halten wir ein solches Treffen für verfrüht und aufgesetzt. Die Soli-Szene hier stellt keine sozialrevolutionäre Bewegung mit gemeinsamen Inhalten dar. Dafür ist der Konflikt um "Land und Freiheit" ein Ausdruck.
Wir warnen daher vor hohen Erwartungen an das Treffen in Berlin. Es kann nicht mehr als ein Meinungsaustausch sein.

Der Kampf gegen Kapitalismus, Rassismus und Sexismus/Patriarchat ist unteilbar!

Autonome Chiapas-Gruppe Hamburg
c/o Schwarzmarkt
Kleiner Schäferkamp 46
20357 Hamburg

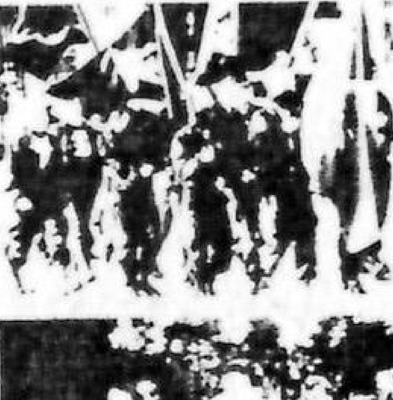








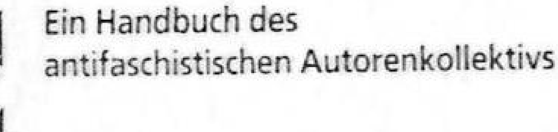








Ein aktueller Überblick über den Neonazi-Untergrund in Deutschland und Österreich





Was hat der Kampf der Zapatistas in Chiapas mit Wiglaf Droste zu tun?

Vom internationalen Kongress zurück zur Realität der bundesdeutschen Linken

Die Zeitung "Land und Freiheit", Sonderblätter der Zeitschrift Die Aktion zur Solidarität mit den Aufständischen in Chiapas, ist inzwischen weit bekannt. Sie wird herausgegeben von der Edition Nautilus in Hamburg. Die Edition Nautilus ist gleichzeitig Verleger einiger Publikationen von Wiglaf Droste.
Droste ist wiederholt mit sexistischen Äußerungen und Angriffen gegen Frauen, die zu sexueller Gewalt gegen Kinder arbeiten, an die Öffentlichkeit getreten. Er reiht sich ein in die Kampagne des Mißbrauchs mit dem Mißbrauch. In der Erzählung "Der Schokoladenonkel bei der Arbeit" (erschienen in "Sieger sehen anders aus", Edition Nautilus 1994) entwirft Droste das Szenario einer Emma-Mitarbeiterin, die ihr Kind in den Park schickt, um Männern sexuelle Gewalt gegen Kinder vorwerfen zu können. Durch seinen Ruf als vermeintlich linker Autor trägt Droste einen Umgang mit dem Thema der sexualisierten Gewalt gegen Mädchen und Jungen in eine "linke Szene", der im direkten Zusammenhang mit dem gesellschaftlichen Rollback und zunehmend sexistisch-patriarchalen Verhältnissen steht. Droste verharmlost das Ausmaß sexueller Gewalt gegen Kinder. Er betreibt Stimmungsmache und Hetze gegen Feministinnen, die für die Enttabuisierung sexueller Gewalt eintreten.
Drostes Verhalten ist Täterschutz!
Die Kampagne des Mißbrauchs mit dem Mißbrauch führt zu einem Klima, in dem Opfern sexueller Gewalt wiederum verstärkt nicht geglaubt und ihre Aussagen angezweifelt werden.

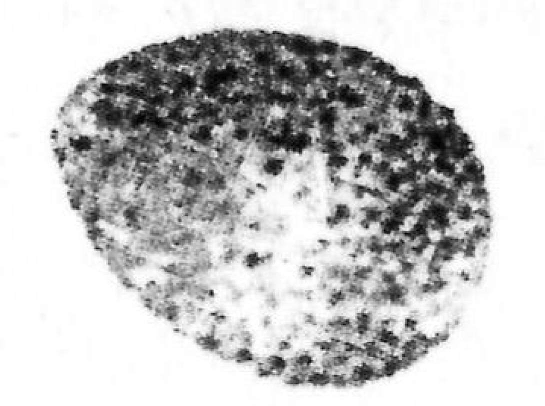
Zu Ausmaß und Dimension sexueller Gewalt gegen Kinder ist viel geschrieben worden (vgl. zuletzt Interim Nr. 368 vom 21.03.96). Ebenso zu Droste und der reaktionären Allianz der Kampagne des Mißbrauchs mit dem Mißbrauch (vgl. "Kein Auftritt von Wiglaf Droste...", Autonome Zusammenhänge Hamburg, Interim Nr. 361 vom 01.02.96). Wer sich also genauer informieren will, kann dies tun. Außerdem erstellen wir zur Zeit gemeinsam mit anderen einen Reader zu Droste und der Kampagne "Mißbrauch mit dem Mißbrauch".

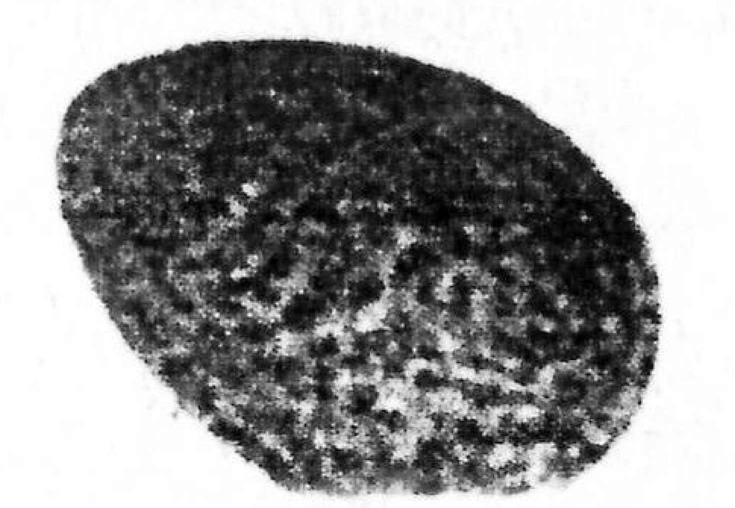
Sexistisches patriarchales Verhalten ist kein Nebenwiderspruch!

Einerseits die Publikationen Drostes zu verlegen und andererseits in "Land und Freiheit" die emanzipativen Bestrebungen der Zapatistas und darin auch der indigenen Frauen darzustellen, ist für uns ein nicht hinnehmbarer Widerspruch.

Wir haben die VertreterInnen der "Land und Freiheit", zum großen Teil identisch mit den BetreiberInnen der Edition Nautilus, mit diesem Widerspruch konfrontiert. Erst im Einzelgespräch, dann öffentlich im Rahmen des Aktionsbündnisses Chiapas in Hamburg, in dem mehrere Gruppen und Einzelpersonen mitarbeiten.
Die VertreterInnen der "Land und Freiheit" sowie jeweils Einzelpersonen der "Wildcat" und der FAU Hamburg haben sich in einer Weise (nicht) verhalten, die zur Spaltung des Bündnisses führte. Die Gruppe "Land und Freiheit" war nicht bereit, sich mit der Kritik auseinamderzusetzen und erklärte das Bündnis schließlich für gescheitert.
"Land und Freiheit" äußerte sich zu der Kritik wie folgt:
- es ginge um die Freiheit des Verlegers und um die freie Meinungsäußerung des Autors Droste (kein Kommentar)
- es handle sich um Satire, wir hätten die Texte nicht gelesen bzw. nicht verstanden.
Dazu sagen wir: Satire ist nie wertneutral. Satire kann emanzipatorischen Charakter haben, wenn sie Kritik an herrschenden Verhältnissen übt, also von unten nach oben gerichtet ist. Droste hingegen polemisiert gegen die Opfer existierender Gewaltverhältnisse.
- Droste habe sich ja nur auf Katharina Rutschky bezogen und die habe den Mißbrauch mit dem Mißbrauch schließlich wissenschaftlich nachgewiesen.
Auch Wissenschaft ist nie wertneutral. Rutschky betreibt Pseudo-Wiisenschaft zugunsten patriarchaler Kräfte (zu ihrer Rolle sei das Nachlesen der o.g. Texte empfohlen).
- Droste meine das nicht so, er sei kein Sexist, frau und mann kenne ihn privat, da sei er ganz anders.
Wir haben dazu die Forderung aufgestellt, daß Droste das dann mal öffentlich klarstellen soll und die VertreterInnen der "Land und Freiheit" dies ihrem Bekannten nahelegen. Vergeblich!
- es lasse sich eben auch nicht alles ausdiskutieren, dies sei auch nicht notwendig in einem Bündnis. Wenn wir auf unserem Standpunkt beharren würden, seien wir nicht bündnisfähig.

Kein Bündnis mit TäterschützerInnen!





(Dies ist der 2.Teil zum in der letzten Interim erschienenen "gegen den Neoliberalismus = für die Menschheit"?)

B) Warum *der* "Neoliberalismus" kein "Feind der Menschheit" ist:

Das folgende ist ein sehr grober Überblick über weltwirtschaftliche Zusammenhänge, der notgedrungen verkürzen muß. Es ist eher **als Anregung gedacht für Leute, die sich noch nicht so viel mit dem ganzen Kram beschäftigt haben**, weiterzulesen, die auftretenen Fragen zu stellen und sich (woanders) beantworten zu lassen. Es kommt mir auf den Rahmen an, in dem sich Diskussionen um "Neoliberalismus" meiner Meinung nach bewegen müssen. Der Schwerpunkt ist insgesamt noch stark auf systematische Zusammenhänge, zu wenig auf die darin wirkende Dynamik von Kämpfen der jeweils Ausgebeuteten gelegt. Daran müßte weitergearbeitet werden.

1) "Neoliberalismus" meint mindestens zweierlei: einmal die Theorieschule bürgerlicher Ökonomen und zum anderen ein "politisch-ideologisches Projekt" bestimmter herrschender Gruppen.

Bürgerliche Ökonomie analysiert jedoch (bisher) nie die Realität von kapitalistischer, geschweige denn patriarchal/rassistisch strukturierter Produktion, Reproduktion und Ausbeutung, sondern entwirft in der Regel Modelle (Liberalismus, Keynesianismus, Monetarismus, Neoliberalismus etc), die *in sich* funktionieren (!). Sie verlangen "lediglich" die Anpassung der Menschen und Gesellschaften an die Bedingungen des Modells. Auch **das neoliberale Modell** ist in sich schlüssig: Alle einzelnen WirtschaftsteilnehmerInnen treten mit dem, was sie angeblich "natürlicherweise" haben, auf dem völlig freien Markt ("liberalisiert") auf und bieten es an. das "Neo" bezieht sich dabei vor allem auf die Tatsache, daß dies heute auf dem Weltmarkt geschieht. ArbeiterInnen, KapitalbesitzerInnen, RohstoffbesitzerInnen, FinanzvermittlerInnen und HändlerInnen treten also weltweit in Konkurrenz zueinander auf. Ungleichgewichte bei Angebot und Nachfrage werden durch hohe oder niedrige Preise abgebaut, alle sind zufrieden. Alle haben die gleichen Chancen, wer reich ist, hat auch was geleistet - und umgekehrt.

In der Realität sieht es aber - aus Sicht solcher Ökonomen (meist Männer): leider - so aus, daß viele Menschen zu unflexibel sind, um vorübergehend zu verhungern, weil die einzige Ware, die sie anbieten können, ihre Arbeitskraft, nicht nachgefragt wird. Solche Menschen leisten bisweilen einfachen oder auch revolutionären Widerstand. Oft schließen sie sich aber auch zu Banden zusammen, konstruieren angebliche kulturelle, ethnische oder nationale Gemeinsamkeiten und wollen doch nichts anderes, als ein Treppchen höher in der allgemeinen Hackordnung von Angebot und Nachfrage. Auch die BesitzerInnen von Kapital haben meist keine Lust, ständig immer alles neu zu riskieren, sie wollen für sich und ihre Kinder/Enkel einen ruhigen Lebensabend, außerdem können sie sich aufgrund der Konkurrenz nicht mit einfachen "Gewinnen" zufrieden geben, sie müssen regelmäßig Profit, also Gewinne in einer bestimmten relativen Höhe erwirtschaften, sonst gehen sie unter.

Weitere "Störfaktoren" der Realität sind z.B.: Ökologische "Kosten" werden eben nicht wie im idealen neoliberalen Modell in die aktuelle Kalkulation von "Angebot und Nachfrage" einbezogen, sondern in den diversen Ölkriegen niedriggebombt und auf den Müllabladeplätzen für künftige Generationen gespeichert. Ausbeutung von Frauenarbeit geschieht oft gar nicht vermittelt über einen "Markt", sondern durch unmittelbaren Zwang, z.B. in Form von (Ehe-)Gewalt etc. Das soll jetzt hier nur kurz angedeutet in Erinnerung gerufen werden, um daruf hinzuweisen, daß es zahlreiche widersprüchliche Interessen und Interessenskonflikte gibt, dementsprechend zahlreiche Bündnisse, Kartelle, Organisationen, Staatsformen, internationale Bündnisse, Repressionsorgane, zivile und bewaffnete Oppositionskräfte usw. Das alles ist im ökonomischen Modell "Neoliberalismus" nur unter der Rubrik "zu entfernende Störfaktoren" enthalten.

Der Knackpunkt ist deshalb: KeinE PolitikerIn der Welt, kein Militärdiktator, keinE osteuropäischeR ReformerIn und auch kein Berliner Senat hat etwas davon, "neoliberale ökonomische Modelle" einfach so umzusetzen. Die Leute, die in der Öffentlichkeit **bestimmte politisch-ideologische Projekte** vertreten (z.B. "*Thatcher*ismus"), kennen das Konfliktpotential innerhalb der herrschenden Klassen und gegenüber den Ausgebeuteten. Historisch ist es sehr selten, daß sie so dumm sind und Modelle umsetzen, die den Rest der Welt gegen sie aufbringen. Ihr tatsächliches Handeln läßt sich einzig durch eine genaue Analyse der Mischung von "**Regulierung und Deregulierung**" erfassen (s.u.). Das hindert diese PolitikerInnen natürlich nicht, der Öffentlichkeit vorzugaukeln, sie hätten in der Tat ein ökonomisch funktionierendes Konzept, bei dem es hinterher allen besser geht. Ihr eigener Marktwert als Polit-ManagerInnen hängt

von dieser Fähigkeit zum Bluff ab (das ist bei den Linken manchmal ähnlich).

Wenn in diesem Sinne von "Neoliberalismus" gesprochen und dem kapitalistischen Markt gehuldigt wird, handelt es sich aber nur um bloße **Ideologie**, um einen großen Schwindel, bei dem irgendwelche sowieso beabsichtigten Änderungen mit den höheren Weihen irgendwelcher "Ökonomie-Experten" abgesegnet werden sollen. In der Realität ist es doch so, daß die Herrschenden immer wieder genauso ratlos vor den kapitalistischen (die nicht alle sind) Regeln der Weltwirtschaft oder dem Widerstand dagegen stehen. Sie probieren dann durchaus mehrere sich widersprechende Strategien und Experimente gleichzeitig aus, dürfen dies aber der Bevölkerung gegenüber nicht zugeben. Denn wer sich ratlos zeigt, wird von mächtigeren abgesetzt oder (so möglich) abgewählt.

2) Nirgendwo auf der Welt funktioniert die Wirtschaft als ganzes gemäß den Regeln neoliberaler Theorie - auch in Mexiko nicht

Nach Jahren des Thatcherismus in Großbritannien war der Staatsanteil am Wirtschaftsgeschehen größer als vorher. Gemäß neoliberaler Ideologie hätte "der Staat" sich zurückziehen und "den Markt" auf die britischen Gewerkschaften loslassen müssen, es waren aber staatliche Bullen und staatliche Gesetze, die den BergarbeiterInnen-Streik '84/85 zerschlugen. Auch in Chile, dem angeblichen Musterland des neoliberalistischen Modells in Lateinamerika, hat der Staat sich keineswegs als gewichtiger Wirtschaftsteilnehmer verabschiedet (da wären die Militärs schön blöd gewesen). In den Zentralamerikanischen Ländern wurden Straßen zum Teil in erster Linie von Militärs (also mit rein ökonomisch oder neoliberal gedacht "unproduktiver" Verwendung staatlicher Mittel) zur Guerillabekämpfung gebaut. Erst dann entdeckten private Unternehmer den laut neoliberaler Theorie "natürlichen Standortvorteil" eines Straßennetzes für die Rinderzucht für den Weltmarkt.

Die **NAFTA** (Wirtschaftsverbund USA/Kanada/Mexiko) wird oft ähnlich wie die EU als "neoliberales Projekt" beschrieben. Das ist ein Irrtum: Neoliberale Politik in Mexiko würde nämlich v.a. in der Konsequenz folgendermaßen argumentieren und handeln:

"Aus falscher Rücksicht auf die vermeintlichen Bedürfnisse bestimmter Bevölkerungskreise hat die Mexikanische Regierung 20 Jahre lang internationale Kredite aufgenommen, um damit einen völlig ausufernden bürokratischen Staatsapparat sowie völlig unproduktive, weil vor der Weltmarktkonkurrenz unnötig abgeschottete Industriezweige zu finanzieren und die endlose Subventionierung des Grundnahrungsmittelbereichs durchzuführen. Wenn man hingegen die Grenzen für multinationale Investoren/Firmen aufgemacht hätte, hätten diese mit modernster Technologie weltmarktfähig produziert, gleichzeitig hätte man schon immer die billigen US-amerikanischen Lebensmittel ins Land lassen sollen, dann wäre auch bei niedrigen Löhnen der Grundbedarf der Bevölkerung gesichert geblieben, damit wäre es auch nicht zu Protesten gekommen, der Staat hätte also klein und zurückhaltend bleiben können, die Kredite wären nur für produktive Investitionen in die "natürlichen Standortvorteile Mexikos (Arbeitskraft, Öl, kurze Transportwege zum US-Markt, Tourismus usw.) gesteckt worden, es wäre also zu keiner Schuldenkrise gekommen. Da die mexikanische Regierung aber alles falsch gemacht hat mit ihrer marktfeindlichen Strategie der Importsubstituierenden Industrialisierung (s.u.), ist es nur richtig, wenn sie die Konsequenzen spüren muß: Es muß halt zu einer reinigenden Krise kommen, in der die unproduktiven Sektoren zusammenbrechen, ruhig auch einige der Banken, die eine solche anti-marktliberale Wirtschaftspolitik unterstützt haben. Nach dieser "schöpferischen Zerstörung" durch den Markt kann um so besser neu angefangen werden."

Konkret: der **Kredit über 50 Mrd-US-$**, der von den USA für Mexiko organisiert wurde, ist alles andere als "neoliberale Ökonomie": Es handelt sich um staatliche aktive Politik in beträchtlichem Ausmaß, die auf verschiedene Interessenskonflikte zielt und deren Regulierung gerade nicht dem freien Markt überläßt:

a)Das US-amerikanische Geflecht verschiedenster Interessen von Banken und Konzernen sollte nicht durch einen Bankrott Mexikos und darauf folgenden "wilden" Zusammenbruch einiger Banken und von mexikanischen Lieferanten abhängiger Firmen belastet werden.

b) Ein Bankrott Mexikos hätte weiterhin den Versuch der USA zunichte gemacht, sich durch die Schaffung eines Wirtschaftsblocks in Nord- und evt. ganz Amerika bessere Konkurrenzposition gegenüber Europa und vor allem Asien zu verschaffen. Die Herausbildung der drei großen Wirtschaftsblöcke NAFTA, EU und Ostasien/Japan ist ja überhaupt nicht "neoliberal", sondern staatliche und überstaatliche Politik versucht, durch massive

Regulierung und Steuerung ganzer Wirtschaftszweige, Handels- und Finanzpolitik, schließlich auch strategisches Vorgehen in Politikfeldern wie Migration, Nahrungsmittelerzeugung, Forschung und militärische Außenpolitik usw die "eigenen" Interessen zu verfolgen, koste es, was es wolle! Es werden somit passend zu den jeweiligen Interessensgebieten schlagkräftige Kartelle geschmiedet, es handelt sich um eine höhere Form des kapitalistischen Bandenwesens. Das ist fast alles genau das Gegenteil neoliberaler Modelle, als ökonomische verstanden.

c) Als Gegenleistung für den Kredit hat die USA Zugeständnisse der mexikanischen Regierung beim Erdölsektor erpreßt: Die Einnahmen des mexikanischen Ölsektors landen bis auf weiteres direkt auf den Konten einer US-Bank, die quasi treuhänderisch damit verfahren darf, je nachdem, ob Mexiko bei seiner Schuldenregulierung brav bleibt oder nicht. "Neoliberal" wäre gewesen, Mexiko zum freien Verkauf seiner Ölindustrie *auf dem Weltmarkt* z.B. in Form von Aktienbesitz zu zwingen. Tatsächlich hat aber nur das eine Machtkartell, die USA, dem anderen, der mexikanischen Elite, einen wichtigen Trumpf aus der Tasche gezogen.

3) Es gibt ohne Zweifel weltweit wie in Mexiko massive Angriffe auf das relative und absolute Niveau der Existenz hunderter von Millionen Menschen. Einige dieser Angriffe bedeuten die Abschaffung traditioneller Regelungen, was mit Begriffen neoliberaler Ideologie zu legitimieren versucht wird. Das bedeutet aber nicht, daß andere Varianten moderner Ausbeutung unaktuell geworden wären.

Die **Abschaffung des Artikels 27** der mexikanischen Verfassung stellt ohne Zweifel einen Angriff auf eine der verbliebenen Schutzregelungen der mexikanischen Revolution dar: Die Bedeutung der "ejidos" als in staatlichem (!) Besitz und gemeinschaftlicher Verwaltung (als Ergebnis eines historisch erkämpften Kompromisses) befindliche Ländereien darf zwar nicht überschätzt werden: Es waren keineswegs egalitäre Kommunen, die dort lebten, sie erstreckten sich keineswegs auf die gesamte Fläche Mexikos, sie standen bereits unter dem Verwertungsdruck der Geldwirtschaft und der damit verbundenen geschlechtsspezifischen patriarchalen Arbeitsteilung. Und sie konnten in den letzten 40 Jahren keinen umfassenden Schutz bzw. Minimalexistenz für die Menschen gegen die "grüne Revolution" der 60er Jahre und die anderen sogenannten "Entwicklungsprogramme" der Regierung bieten.

Dennoch ist es mit der Abschaffung des in der Verfassung verankerten Verbots, die Ländereien auch privat zu verkaufen, jetzt möglich, daß sich mexikanische oder sonstige Agrarkapitalisten das Land aneignen. Anschließend kann noch mehr als bisher schon mit dem Kaffee irgendetwas "weltmarktfähiges" wie Broccoli, Schnittblumen oder Viehfutter angebaut werden. Oder es wird nur ein zehntel der Fläche für z.B. Rinderzucht genutzt, oder es wird einfach alles brach liegengelassen, um unbequemen Konkurrenten zuvorzukommen oder mit Land zu spekulieren. Jedenfalls werden keine grundbedürfnisorientierten Produkte wie Mais und Bohnen mehr angebaut, denn die kommen dann in der Dose aus den USA. Dort werden sie wegen hoher Subventionen und des hohen Technologieeinsatzes (Maschinen, Chemie und andere Ökosauereien) tatsächlich "billiger" erzeugt, was nicht bedeutet, daß die MexikanerInnen sie "billiger", also aus ihrer Sicht mit weniger Arbeit, erstehen können.

Insofern sie die Wiedereinführung des ejido-Besitzes fordert, ist die zapatistische Bewegung, zumal sie selbst den Zusammenhang propagandistisch bewußt herstellt, eine Bewegung gegen neoliberal begründete Maßnahmen.

Andere neoliberal begründete Veränderungen, wie der Verkauf mexikanischer Banken, Fluggesellschaften etc. verschärfen keineswegs automatisch die Ausbeutung der unteren Gruppen und Klassen - sie bekommen ohnehin keinen Kredit und haben nie im Flugzeug gesessen. Das Vorhandensein verstaatlichter Firmen bedeutet überhaupt nicht, daß die Bevölkerungsmehrheit davon Vorteile hat - siehe Realsozialismus. Die Rede vom neoliberalen Ausverkauf des Landes ist in erster Linie eine Rethorik der Mittelklassen, die tatsächlich jetzt einen Teil dessen wieder abgeben müssen, was sie sich im Zuge der Aufnahme ausländischer Kredite in den 70ern leisten konnten. Ihre Hoffnung, dafür genauso wie die oberen Hunderttausend lediglich die ganz armen Massen bluten lassen zu können, hat sich nun zerschlagen.

Die Ausbeutung, infrastrukturelle Vernachlässigung, ökologische Zerstörung usw. einer Region wie Chiapas ist jedoch keineswegs eine Erfindung des Neoliberalismus. Sie entspricht dem ganz normalen **rassistisch geprägten Ausbeutungsgefälle** von einer kolonialen Strukturen erwachsenen Schicht von StädterInnen mit ihrer verwertungsorientierten Geldwirtschaft gegenüber ehemals "moralischen" Ökonomien der Subsistenz (siehe z.B. Analysen von Veronika Bennholdt-Thomsen). Insofern sie als Bewegung von Indigenas Formen

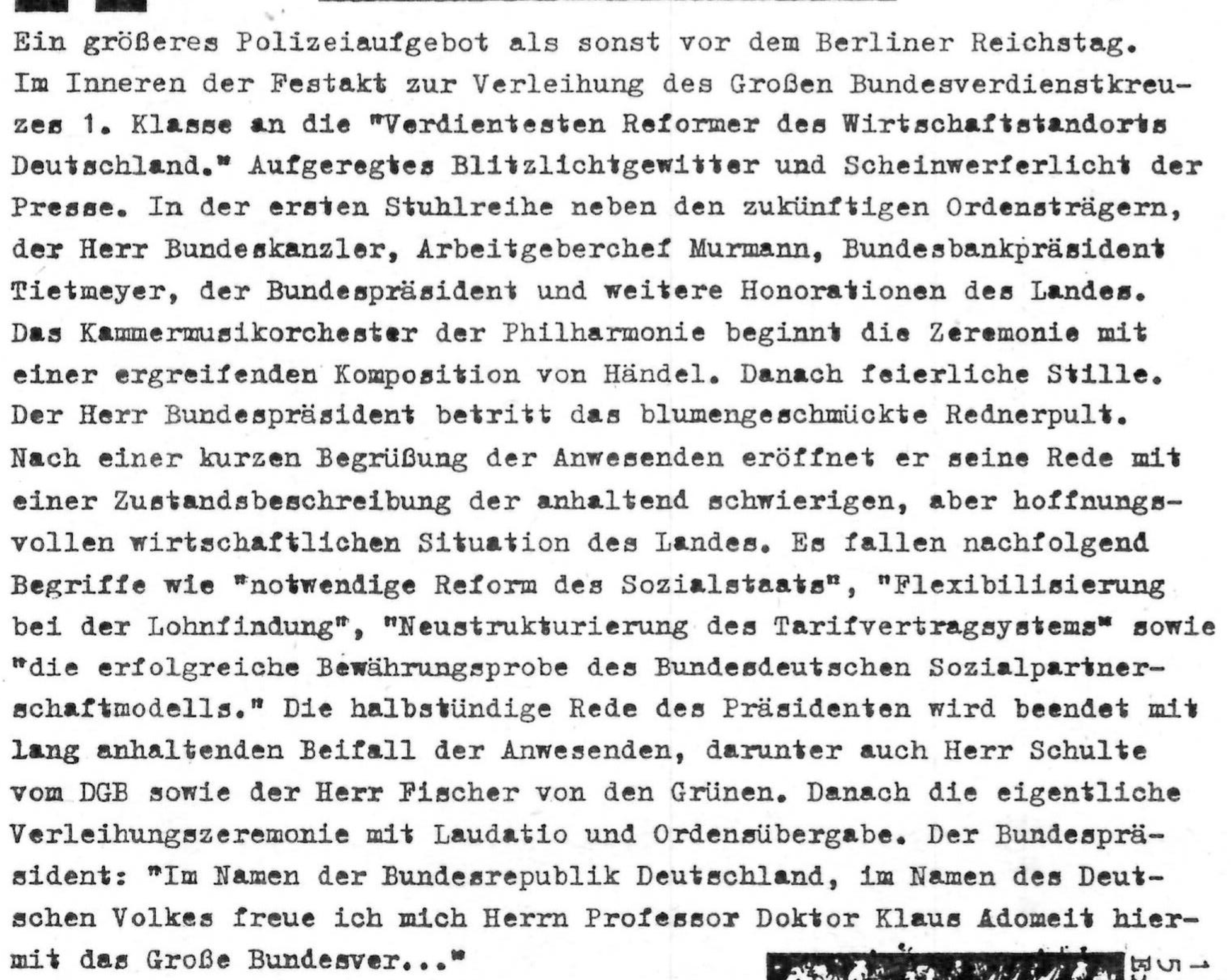
Teil 3 folgt...

DER SÜSSE TRAUM EINES KLASSENFEINDES UND SEIN GAR SCHRECKLICHES ERWACHEN

25.3.96, Berlin-Steglitz:

Bombenanschlag auf Privathaus von Klaus Adomeit
Brandanschläge gegen Luxuskarossen

Ein größeres Polizeiaufgebot als sonst vor dem Berliner Reichstag. Im Inneren der Festakt zur Verleihung des Großen Bundesverdienstkreuzes 1. Klasse an die "Verdientesten Reformer des Wirtschaftstandorts Deutschland." Aufgeregtes Blitzlichtgewitter und Scheinwerferlicht der Presse. In der ersten Stuhlreihe neben den zukünftigen Ordensträgern, der Herr Bundeskanzler, Arbeitgeberchef Murmann, Bundesbankpräsident Tietmeyer, der Bundespräsident und weitere Honorationen des Landes. Das Kammermusikorchester der Philharmonie beginnt die Zeremonie mit einer ergreifenden Komposition von Händel. Danach feierliche Stille. Der Herr Bundespräsident betritt das blumengeschmückte Rednerpult. Nach einer kurzen Begrüßung der Anwesenden eröffnet er seine Rede mit einer Zustandsbeschreibung der anhaltend schwierigen, aber hoffnungsvollen wirtschaftlichen Situation des Landes. Es fallen nachfolgend Begriffe wie "notwendige Reform des Sozialstaats", "Flexibilisierung bei der Lohnfindung", "Neustrukturierung des Tarifvertragsystems" sowie "die erfolgreiche Bewährungsprobe des Bundesdeutschen Sozialpartnerschaftmodells." Die halbstündige Rede des Präsidenten wird beendet mit lang anhaltenden Beifall der Anwesenden, darunter auch Herr Schulte vom DGB sowie der Herr Fischer von den Grünen. Danach die eigentliche Verleihungszeremonie mit Laudatio und Ordensübergabe. Der Bundespräsident: "Im Namen der Bundesrepublik Deutschland, im Namen des Deutschen Volkes freue ich mich Herrn Professor Doktor Klaus Adomeit hiermit das Große Bundesver..."



1 Teil Puderzucker, 5 Teile Unkraut-Ex = ...

Wir haben am 25.3.96 in der Frühe zumindest vorrübergehend Adomeits Träume von höchster öffentlicher Anerkennung gestört. An der Rückseite seines überaus noblen Privathauses in der Luther Str. 4a wurde ein Sprengkörper gezündet, in den umliegenden Straßen mehrere Luxuskarossen in Brand gesetzt. Wie auch bei allen früheren Aktionen haben wir genau darauf geachtet, Menschenleben nicht zu gefährden.
Der 61 jährige Adomeit ist Arbeitsrechtler mit Professur an der FU-Berlin. Seit vielen Jahren ist er nicht nur oppositionellen Gewerkschaftlern als eifriger Kapitalistenfreund bekannt. Im Dienste der Murmanns und Stihls tritt er für die Zerschlagung des Arbeitsrechts und des bisherigen Tarifvertragsystems zu Gunsten weiterer Lohnsenkungen etc. ein. Der ehemalige berliner DGB-Landesvorsitzende Pagels betitelte 1986 auf einer Gewerkschaftskundgebung Adomeit als "Rechtsaußen der Rechtswissenschaft", als "Minenhund der Reaktion" und als einen "von seriösen Wissenschaftlern als juristische Unperson behandelten Arbeitsrechtler." Seine rege Beteiligung an öffentlichen Diskussionen, zahlreiche Buch- und Artikelveröffentlichungen für die von den Kapitalistenverbänden getragene Hanns-Martin-Schleyer-Stiftung bis hin zur FAZ zeugen davon, was es mit der "Seriösität"in diesem Land auf sich hat.
Sein jüngstes Machwerk erstellte er für die CDU-nahe Ludwig-Erhard-der-Fettsack-mit-der-Zigarre-Stiftung. Der Titel, des im Dezember 95 veröffentlichten Gutachtens: "Regelung von Arbeitsbedingungen und ökonomischen Notwendigkeiten." Darin fordert Adomeit, der selber jährlich weit über 150000 DM an Gehalt und Honoraren bezieht, daß wenn "Unternehmer" in wirtschaftlichen Schwierigkeiten seien (das sind ja diese Armen bekanntlich immer), deren Beschäftigten auf ihre Tariflöhne verzichten sollen. Nach dem Tarifvertragsgesetz ist das derzeit rechtlich noch nicht möglich. In den Neuen Bundesländern wird das allerdings schon massenhaft unterlaufen. So beispielsweise in über 15% der dortigen tarifgebundenen Metallbetriebe. Jüngste Betriebsvereinbarungen wie bei VW und Ford weisen in die gleiche Richtung. Adomeit will dieses nun auch rechtlich absichern. Nach seinen Worten soll zukünftig eine "Autonomie der Arbeitnehmerschaft" über die Tarifautonomie gestellt werden. Flächentarifverträge sollen nur noch geringe Rahmenbedingungen vorgeben. Alles andere, Einkommenshöhe und Arbeitszeit, werden dann auf Betriebsebene von Betriebsrat und Geschäftsführung ausgehandelt.
Bei einer rechtlichen Umsetzung Adomeits Vorschläge, würde für viele Lohnabhängige folgendes zum Alltag werden:
Der "Unternehmer" X will zwecks höherer Produktivität innerbetriebliche Rationalisierungen inclusive den Kauf neuer Maschinen vornehmen. Da die Geschäftsbücher von den Beschäftigten nicht eingesehen werden können, täuscht er ihnen eine wirtschaftliche Notlage vor. Auf einer Betriebsversammlung droht X den Beschäftigten mit massiven Entlassungen. Durch die Änderung des Betriebsverfassungs- und des Tarifvertragsgesetzes (dank Adomeit und anderer Abbruchspezialisten) ist der Betriebsrat der Firma als Verhandlungspartner mit X weitgehend alleingestellt und entsprechend leicht erpressbar. Nach mehreren Gesprächen

Lohnverzicht für arme, notgeplagte "Unternehmer" oder Klassenkampf von unten ?
Seit 1980 sind die Nettorealeinkommen der Lohnabhängigen, unter Berücksichtigung der Preiserhöhungen, nicht mehr gestiegen. Dagegen stiegen die realen Nettogewinne der Kapitaliste um über 180% !

zwischen X und dem Betriebsrat, wobei der erstere nun auch mit einer kompletten Auslagerung der Produktion nach Frankreich droht, und einer weiteren Betriebsversammlung, erklären sich Betriebsrat und die Mehrheit der Beschäftigten bereit, in den folgenden drei Monaten auf ein Viertel ihres Lohns und in der nachfolgenden Zeit auf 18% ihrer Bezüge zu verzichten. Im Gegenzug will X vorerst keine Entlassungen durchführen; allerdings nur in den nächsten zwei Jahren. "Aber, auf Grund des kooperativen Zustandekommens dieser überaus notwendigen Vereinbarung, sehe ich durchaus mehr als nur Hoffnungsschimmer auch über die zwei Jahre hinaus, keine Entlassungen vornehmen zu müssen. Liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, gemeinsam werden wir es packen !" lullt er die Beschäftigten auf der zweiten Betriebsversammlung ein. Auf die sich vorerst Weigernden und Zögernden wird von Seiten der Kolleg-inn-enmehrheit massiver Druck ausgeübt, so daß diese letztendlich auch zustimmen. Im Laufe der nun folgenden Umstellung der Produktion auf die von X neu angeschafften Maschinen und den damit verbundenen Anfangsschwierigkeiten, fallen massig Überstunden an. Auch jetzt sind Betriebsrat und Kollegen bereit klein beizugeben. Sie erklären sich einverstanden, diese Stunden zu einem späteren Zeitpunkt daheim abzubummeln und auf die Auszahlung der Überstundenzuschläge ganz zu verzichten. Noch innerhalb des Zeitraums der zweijährigen Beschäftigungsgarantie werden die Stellen, der jetzt auf Rente gehenden Kollegen nicht wieder besetzt und die Lehrlinge nach Ablauf ihrer Ausbildung nicht übernommen. Auch die Arbeitszeit wurde verändert. Unter dem schön klingenden Begriff der "Zeitsouveränität der Arbeitnehmer", dürfen die Beschäftigten nun auf der Arbeitsstelle antanzen, wenn gut zu tun ist, ansonsten ohne Lohn Zuhause bleiben. Die zwei Jahre sind um. Die große Hoffnung innerhalb der Belegschaft auf Erhalt aller Arbeitsplätze ist längst vorbei. Die neuen Maschinen brauchen im Vergleich zu den alten, bei einer Verdoppelung des Produktionsausstoßes, von weniger Arbeiter-innen bedient zu werden. Nach X seiner neuesten Verlautbarung, müssen auf Grund stagnierender Verkaufszahlen und erhöhtem Konkurrenzdruck im kommenden halben Jahr 40% der Belegschaft mit Entlassungen rechnen. Als die Beschäftigten anfangen zu mucken, beginnt er erneut mit Produktionsauslagerung zu drohen, diesmal nach Polen. Zudem seien die jetzigen Löhne immer noch zu hoch um die Wettbewerbsfähigkeit wieder herzustellen, und ... Eine endlose Geschichte ! Die Beschäftigten, die jetzt entlassen werden, sind zusätzlich angeschmiert. Durch ihren "freiwilligen" Lohnverzicht ist die Höhe ihres Arbeitslosengeldanspruchs erheblich gesunken. Eine Spirale des Lohndumpings, der Verschärfung der Arbeitsbedingungen und der Arbeitslosigkeit wirklich ohne Ende! Denn, geht die erste Firmenführung einer Wirtschaftsbranche mit solchen Betriebsvereinbarungen voran, machen es binnen kurzer Zeit die konkurrierenden Betriebe nach. Wenn der Konkurrenzvorsprung aufgehoben ist, erfolgen neue Erpressungsdrohungen gegen die Beschäftigten, usw.

Die Eigenbetriebe fordern: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit

Zweistündiger Warnstreik im Öffentlichen Dienst.

Von egoistischem Besitzstandsdenken geprägte gewerkschaftliche Aktion ? Oder ein, von mit den "Arbeitgebern" kollaborierenden DGB-Funktionären initiiertes Ohnmachtsritual zum Dampfablassen und für Mindestlöhne ?
Dazu mehr auf den folgenden Seiten.

Die sozialen Auswirkungen auf Grund der tiefgehenden Veränderungen der kapitalistischen Produktionsweise, der Rationalisierungsprozesse, werden in allen Lebensbereichen immer krasser. Grundlegende soziale und politische Rechte, die sich die Arbeiterbewegung seit dem Ende des 19. Jahrhunderts mühsam erkämpfen mußte, sind derzeit einer ständigen Demontage ausgesetzt. Gleiches gilt für die "Reformen von oben" aus den 50er und 60er Jahren. Es vergeht gegenwärtig kein Tag ohne Angriffe auf Tariflohnvereinbarungen und das "Sozialsystem". Die Kapitalisten und ihre Handlanger verstärken den Druck nach unten und damit auch die Konkurrenz zwischen den Lohnabhängigen. Um bei ihren Umstrukturierungsplänen nicht gestört zu werden, Solidarität zu untergraben, versuchen sie (von der DGB-Bürokratie assistiert) die verschiedenen Gruppen unserer

Klasse noch zusätzlich untereinander aufzuhetzen und voneinander zu spalten. Westdeutsche gegen ostdeutsche Kalikumpel, arbeitslose Bauarbeiter gegen illegal Beschäftigte, Beschäftigte gegen Sozialhilfeempfänger-innen, deutsche Sozialhilfeempfänger-innen gegen Flüchtlinge, usw.

Innerhalb der mittelschichtdominierten deutschen (!) "Linken" gibt es nicht wenige Kapitulanten, die solche Zusammenhänge nicht sehen wollen. Verbreitet ist unter ihnen die Meinung, ein Eintreten der abhängig Beschäftigten für gesetzlich garantierte Tariflöhne, wäre nichts anderes als egoistisches Besitzstandsdenken zu Ungunsten der noch benachteiligteren Gruppen, wie z. B. den Flüchtlingen. Teilen sei angesagt. Daß mittlerweile die Mehrzahl der Tariflöhne, der deutschen wie ausländischen Lohnabhängigen Mindestlöhne sind, ist diesen Schlaumeyern anscheinend nicht bekannt. Nicht verwunderlich, denn die wenigsten von ihnen haben je als Werktätige eine Fabrik von innen gesehen. Ihnen ist das Wesen der kapitalistischen Ausbeutung vollkommen unbekannt. Sie erkennen nicht, daß die Millionen von Arbeitslosen nicht mehr als Reservearmee beispielsweise für die Industrie benötigt werden. Diese sind ebenso wie Flüchtlinge für den kapitalistischen Verwertungsprozeß von geringerem Nutzen, sind damit tendenziell als "Überbevölkerung" abgestempelt.

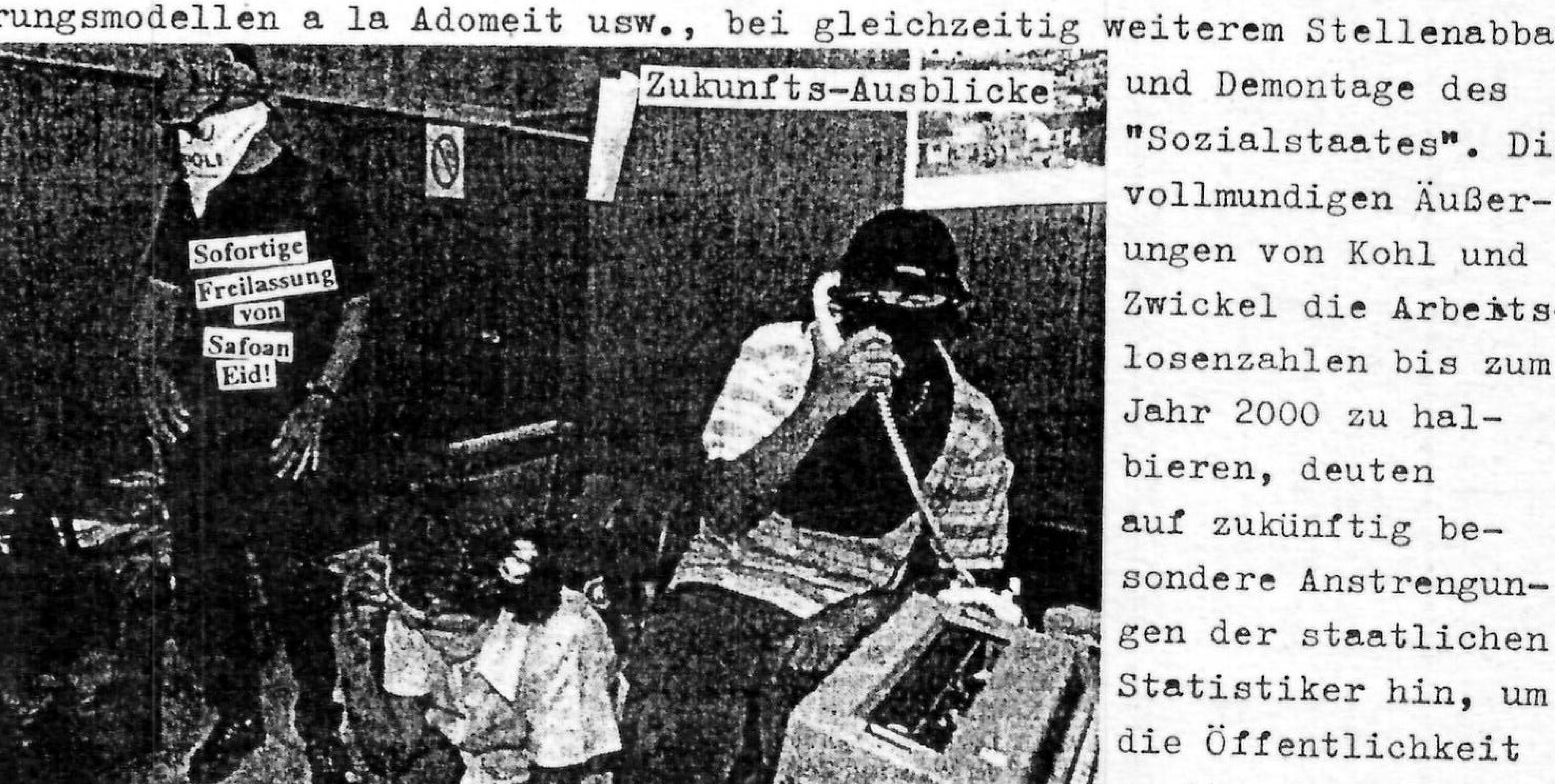
Beide Gruppen leben weitestgehend sozial ausgegrenzt, billigst verwaltet und unter besonderer polizeilicher "Fürsorge". Um das Konstrukt der "Deutschen Volksgemeinschaft" nicht zu gefährden (dazu Anmerkungen in der rechten Spalte), einen gemeinsamen Widerstand vorauseilend zu unterbinden, erfährt die Ausgrenzung beider Gruppen eine staatlich betriebene bewußte Differenzierung:

Die einen können mit wenig Bargeld, die anderen mit Wertgutscheinen sich ihren Billigfraß besorgen. Die einen leben von der deutschen Bevölkerung isoliert in "Asylanten"heimen, Abschiebeknästen oder illegal, die anderen untereinander isoliert in Betonsiedlungen, schäbig modernisierten Mietskasernen, Obdachlosenheimen oder psychatrischen Anstalten. Die einen dürfen alle vier Jahre wählen, welche ekelhaften Lügner und Raffkes über sie herrschen, die anderen dürfen nicht wählen zwischen Abschiebung und dem Tod in einem vom Rassistenmob angezündeten Heim.

Es ist eine Tatsache, daß in der Vergangenheit große Teile der jetzt gesellschaftlich Ausgegrenzten mit deutschem Paß zu den "Modernisierungsgewinnern" in Westdeutschland gehörten. Damit waren sie an dem neokolonialistischen Monopolprofit (Ausplünderung der "3.Welt") beteiligt. Dieses stellte die materielle Grundlage dar für die Verfestigung von gewissen Werteorientierungen, Lebensstilen und Denkweisen, die oft zu aktiver Komplizenschaft mit den Herrschenden führten. Solche nationalistischen, wohlstandschauvinistischen Denkhaltungen rechtfertigen die globale Reichtumsverteilung sozialdarwinistisch und betrachten die "Deutsche Herrschaftskultur" als die "natürlich" überlegene.
Vor allem daran, wird bewußt von staatlicher Seite angeknüpft, wenn beispielsweise deutschen Sozialhilfeempfängern gegenüber Flüchtlingen eine gewisse priviligiertere Behandlung zuteil wird. Es ist halt für die Herrschenden ungemein von Vorteil, wenn sich der Unmut der von ihnen beherrschten Klasse gegenüber den sozial noch Schwächeren abreagiert.

Lohnsenkungen schaffen keine weiteren Arbeitsplätze, weder bei Telekom, Bahn AG, Banken, Einzelhandel, Kommunen usw. noch in der Industrie! Sie erhalten die bisherigen auch nicht. Auf Grund von Rationalisierungen können heute beispielsweise Pkws doppelt so schnell hergestellt werden wie vor fünf bis zehn Jahren. Mit entsprechenden Massenentlassungen als Folge. Kein Kapitalist wird so naiv sein, bei einer gleichzeitigen Stagnation der Absatzzahlen, mehr Leute zu beschäftigen, als für die Produktion und den Profit nötig. Bisherige Erfahrungen belegen außerdem, daß ein erheblicher Teil der Lohneinsparungen zur Finanzierung weiterer Rationalisierungen verwendet, und damit neue Arbeitslosigkeit produziert wird.

So ist auch das "Bündnis für Arbeit" einzuordnen: Lohnsenkungen, Arbeitszeitflexibilisierung, mehr ungesicherte und zeitlich befristete Arbeitsverhältnisse, die schrittweise Umsetzung von Betriebsvereinbarungsmodellen a la Adomeit usw., bei gleichzeitig weiterem Stellenabbau und Demontage des "Sozialstaates". Die vollmundigen Äußerungen von Kohl und Zwickel die Arbeitslosenzahlen bis zum Jahr 2000 zu halbieren, deuten auf zukünftig besondere Anstrengungen der staatlichen Statistiker hin, um die Öffentlichkeit zu täuschen. Tatsache ist, es wird keine Gesamtzunahme der Beschäftigten insbesondere in der Industrie geben,



2.5.96 ? : Während eines Besuchs von DGB-Chef Schulte in der berliner Gewerkschaftszentrale wird dieser von 200 Demonstrant-inn-en (Leuten aus Betrieben und Arbeitsloseninis) festgehalten, das Gebäude besetzt. Ihre Forderungen : Sofortiger Ausstieg aus dem Bündnis für Arbeit ! Rücktritt von Schulte und Zwickel ! Öffnung der Gewerkschaftshäuser für alle sozialen Bewegungen!

eine sofortige Kriminalisierung der von uns als hoffnungsvoll angesehenen Bewegungs- und Organisationsansätze zur Folge. Nur soviel, es gibt auch in Berlin diese für Interessierte offenen, nicht sektiererischen Gruppen und Zusammenschlüsse.
Haltet Eure Augen und Ohren auf !
Löst Euch aus der Lethargie !
Reissen wir die Mauern ein, die uns trennen !
Wir haben nichts zu Verlieren außer unserer Angst !
Zusammen kämpfen ! Zusammen siegen !
Klasse gegen Klasse !

Kommt zusammen Leute, lernt Euch kennen !

"Irrsinn ! Rentnerin stach mit Schirm auf jungem Polizisten ein!" "BILD"-Schlagzeile am 4.10.96 zu der vortägigen, kämpferischen Demo gegen die Tag-der-Deutschen-Einheit-Feierlichkeiten. "Was waren wir dämlich! Viel zu lange haben wir uns gegenseitig ausspielen und herumschubsen lassen. Jetzt wird zurückgeschlagen!" (O-Ton Rentnerin)



Bündnis gegen Beugehaft und für Aussageverweigerung

Plattform

Vor dem Hintergrund einer Kriminalisierugswelle gegen linke Gruppen in der BRD und einer unverminderten Anwendung der §§ 129, 129a sowie der Verhängung von Beugehaft gegen ZeugInnen hat sich in Berlin ein Bündnis für Aussageverweigerung und gegen Beugehaft gebildet, das auf folgenden Übereinstimmungen beruht:
Ordnungsgeld und Beugehaft gegen ZeugInnen, die jede Aussage verweigern, sind eine Form der Bestrafung.
Geahndet wird dabei die Tatsache, daß jemand persönliche und/oder politische Verbindungen über den Strafverfolgungsanspruch des Staates stellt.
Dieser Charakter der Repression gegen ZeugInnen wird durch die von den Strafverfolgungsbehörden unternommenen Unterscheidung zwischen Zwangsmitteln gegen ZeugInnen einerseits und der Bestrafung von Tätern andererseits bewußt verschleiert.
Die eigenständige Funktion dieser Strafen und ihrer Androhungen liegt in der Ausforschung und Kriminalisierung des Umfeldes politischer Gruppen.
Sie zielt darauf, Menschen von oppositioneller Politik abzuhalten sowie einen Kern politisch aktiver Menschen zu isolieren und von ihrem persönlichen wie politischem Umfeld zu spalten.
Die ZeugInnen werden in die Zwangslage gebracht, sich entweder durch Aussagen von den politisch Verfolgten von diesen zu distanzieren oder selbst verfolgt zu werden.

Dabei bleibt insbesondere bei Strafverfolgungsmaßnahmen im Zusammenhang mit den Gummiparagraphen 129, 129a undurchschaubar, was das vorwerfbare Verhalten sein soll.
Die Eigenart des politischen Strafrechts liegt darin, daß nicht konkrete Taten sondern eine politische Gesinnung geahndet und eine entsprechende Tätigkeit verhindert werdeen soll.
Deswegen geht es hierbei nicht nur um konkrete Verurteilungen sondern darüber hinaus um das Ausforschen oppositioneller Strukturen.
Aus diesen Funktionen von Beugehaft und politischen Strafrecht ergibt sich auch die Notwendigkeit von Aussageverweigerung.

Der politische Charakter der Repression gegen ZeugInnen erfordert eine poltische Aussageverweigerung.
Dies heißt für uns konkret:
- es gibt keine harmlosen Aussagen.
- die Aussageverweigerung muß öffentlich gemacht werden.
- erforderlich ist ein kollektives Vorgehen.
- den Aussageverweigernden muß praktische und politische Solidarität entgegengebracht werden.

Die Aufgabe des Bündnisses ist es, den Betroffenen, die sich für eine politische Aussageverweigerung entschieden haben, den Rücken zu stärken.

Durch Öffentlichkeitsarbeit wollen wir ein politisches Klima schaffen, daß die Bestrafung von Aussageverweigernden ausschließt.
Dazu ist es notwendig ein breites politisches und gesellschaftliches Spektrum zu gewinnen.

Die Beugehaft bringt hohe materielle und persönliche Belastungen für den Einzelnen mit sich.
Hier müssen wir Unterstützung leisten, indem wir finanzielle Zuschüsse zu den Verfahrenskosten, Hilfe zum Lebensunterhalt (z.B. Übernahme der Miete) leisten und die Betreung vor, während und nach der Haftzeit organisieren.

Am 11.4. um 19.00 Uhr findet in den Räumen der PDS-Kreuzberg, Dieffenbachstr. 33, ein erstes Treffen statt, bei dem es um den konkreten Beginn der Kampagne gehen wird (z.B. Anzeige in verschiedenen Zeitungen, Demo, Veranstaltungen, Geldsammelaktionen

Schön wäre, wenn eine/n Vertreter/in eurer Gruppe an diesem Treffen teilnehmen könnte.

Aufruf zur Demonstration am 26. Mai 96 gegen den Abschiebeknast Büren

Oktober 1992: Im wiedervereinigten Deutschland werden die ersten Abschiebeknäste eröffnet. Seither sind sie fester Bestandteil der staatlichen Abwehrmaßnahmen gegen Flüchtlinge und letztes Glied in der Kette rassistischer Sonderbehandlung von Flüchtlingen, die von Zwangsunterbringung in Sammellagern bis zu massenhaften Abschiebungen reicht. NRW übernimmt von Anfang an eine Führungsrolle: Hier werden nicht nur die meisten Abschiebeknäste, sondern auch das größte Abschiebegefängnis eingerichtet. Im Bürener Abschiebeknast, versteckt im Wald und gesichert durch eine fünfeinhalb Meter hohe Betonmauer, können bis zu 600 Abschiebehäftlinge eingesperrt werden; mal für ein paar Tage, mal über ein Jahr lang, der Willkür von Ausländerbehörden und Knastpersonal ausgeliefert, vor Augen die Abschiebung in ein Land, dessen Folterkeller oder Schützengräben, Hunger, politischer und/oder rassistischer Verfolgung sie mit Mühe und Not entkommen sind.



26. Mai 1993: Der deutsche Bundestag schafft das Grundrecht auf Asyl ab. Diese Entscheidung stellt den politischen Höhepunkt in einer seit Jahren inszenierten rassistischen Diskussion um 'Asylantenflut', 'Überfremdung' und 'die Gefährdung Deutscher Kultur und Arbeitsplätze/Wohnungen' dar. Auf dem Boden dieser Diskussion gedeihen nicht nur die mörderischen Brandanschläge und Übergriffe gegen Flüchtlinge und andere ImmigrantInnen sondern ebenso die konsequente staatlich betriebene Ausgrenzung und Einsperrung von Flüchtlingen. Über 20 Selbstmorde, ungezählte Selbstmordversuche und Selbstverstümmelungen in Abschiebeknästen, der Mord an Kola Bankole durch den Bundesgrenzschutz und die zunehmende Zahl der Menschen, die an den Außenfesten des deutschen Staates ums Leben kommen, sind unmittelbare Folge dieser Politik.

Frühjahr 1996: Sammellager und Abschiebeknäste sind feste Bestandteile dieser Gesellschaft geworden wie Arbeitslosigkeit, Fitness-Studios und Chip-Karten. Es gibt keinen relevanten Widerstand von Seiten der deutschen Bevölkerung gegen die rassistischen Sondereinrichtungen für Flüchtlinge. Im Gegensatz dazu hat es in den Abschiebeknästen immer wieder Widerstandsaktionen gegeben. Von Selbstverstümmelungen und Zellenzerstörungen über Hungerstreiks bis zu Dachbesetzungen (Leverkusen), Geiselnahmen (Kassel) und Aufstands- und Ausbruchsaktionen (Büren, Hamburg, Berlin) reichen die verzweifelten Versuche der Flüchtlinge, auf ihre Situation aufmerksam zu machen und sie zu ändern.

Auch für die Grünen in NRW ist die Abschaffung der Sonderknäste kein ernsthaftes Thema — schließlich wollen sie ihre Teilhabe an der Macht nicht gefährden. Zwar fordern sie in ihrem Wahlprogramm, die Abschiebeknäste zu schließen. Tatsächlich jedoch wird derzeit unter ihrer Mitverantwortung Büren zu *dem* zentralen Männerabschiebeknast ausgebaut; während demnächst alle weibliche Abschiebegefangenene in der JVA Gütersloh, die mehr Plätze besitzt als der bisherige Frauenabschiebeknast Neuss, eingesperrt werden sollen.

Wir rufen auf zu einer bundesweiten Demonstration gegen den Abschiebeknast Büren am dritten Jahrestag der Verabschiedung des 'Asyl-Kompromisses'.

— Gegen den größten Abschiebeknast der BRD, stellvertretend für alle Abschiebeknäste in diesem Deutsch-Land.
— Zum Zeichen unseres Widerstandes gegen eine rassistische Flüchtlingspolitik, deren Kern die systematische und effiziente Ausgrenzung und Einsperrung von Menschen ist.
— Um die Flüchtlinge in ihrem Widerstand zu unterstützen und zu ermutigen.

Demobeginn: Pfingst-Sonntag, 26. Mai 1996, 12 Uhr am Abschiebeknast Büren

Keine Abschiebungen — Weg mit den Abschiebeknästen!
Weg mit den rassistischen Sondergesetzen! Grenzen auf!

Diesen Aufruf unterstützen:

AK Antirassismus Hannover, ARGiB Bonn, Aktion Symbolisches Asyl Bielefeld, Antifa Kleine Strolche Bochum, Antirassismusgruppe Würzburg, Antirassismusplenum Göttingen, Bündnis gegen Abschiebung Stuttgart, FFM Berlin, Flüchtlingsplenum Aachen, Frauengruppe gegen Rassismus Hamburg, Gesellschaft für bedrohte Völker (Regionalgruppe Bochum), Glasmoor-Gruppe im Flüchtlingsrat Hamburg, IGA/Dritte-Welt-Haus Frankfurt, Initiative Pro Roma Hagen, Komitee gegen die Bezirkssammelstelle Reutlingen/Tübingen, Roma-UnterstützerInnen-Gruppe Bochum, Sammellagerplenum Köln

UnterstützerInnen für den Aufruf und/oder Demonstration und Veranstaltung melden sich bitte bis zum 6.4.96 beim Infoladen ANSCHLAG, Heeper Str. 132, 33607 Bielefeld.



Grenzziehungen

Diskussionsveranstaltung

Uni/GH Paderborn, 25. Mai 1996



Anläßlich der bundesweiten Demonstration
gegen den Abschiebeknast Büren
zum dritten Jahrestag
der Abschaffung des Rechts auf Asyl

zur Veranstaltung

Zwischen den alltäglichen Auseinandersetzungen mit den Behörden, den politischen Organisationsaufgaben und dem Bemühen um Verbindlichkeit gegenüber Flüchtlingen kommt die eigene Diskussion meist viel zu kurz. Die Veranstaltung soll dazu beitragen, wieder Spaß am Fragen-Stellen zu gewinnen und Anstöße zur Reflektion des eigenen Tuns geben.
Im Mittelpunkt dieser Veranstaltung soll nicht die Situation von Flüchtlingen in der BRD oder vor den Toren der Festung Europa stehen, obwohl in den Referaten auch dazu einiges gesagt wird. Vielmehr soll der Blick auf die deutsche Gesellschaft und die Mechanismen des staatlichen und gesellschaftlichen Rassismus gerichtet werden. Dabei soll es einerseits um die aktiven 'Grenzziehungen' - den Einfluß wirtschaftlicher Interessen, staatlicher Maßnahmen und alltäglicher Diskriminierung auf die Etablierung und Perfektionierung von 'Grenzen' - gehen. Anderseits soll die Situation betrachtet werden, die nach erfolgter 'Grenzziehung' besteht, indem Innensicht und Außensicht von Institutionen der Ausgrenzung, etwa Flüchtlingslagern und Abschiebeknästen, gegeneinander gestellt werden.

Die Veranstaltung besteht aus drei Foren. Nach jedem Forum besteht die Möglichkeit, in mehreren kleineren Gruppen zu diskutieren.

Die Veranstaltung richtet sich an alle Interessierten, insbesondere an die TeilnehmerInnen der Demonstration und Studierende.

Sie wird unterstützt von: ASTA der Uni/GH Paderborn; ASTA der FH Bielefeld

visdp: Regionale Koordination der Antirassistischen- und FlüchtlingsunterstützerInnen-Gruppen NRW

Anreise, Anmeldung

Die Veranstaltung beginnt am Pfingstsamstag um 10.00 Uhr in der Uni/GH Paderborn. Da das Programm recht voll ist, wollen wir pünktlich beginnen.

Wir bitten um Anmeldung. Eine persönliche Anmeldung ist nicht erforderlich; wir möchten aber wissen, mit wievielen TeilnehmerInnen wir rechnen können. Diejenigen, die auf Schlafplätze, Essen, ..., angewiesen sind, melden sich bitte verbindlich bis spätestens zum 1.5.96 mit beiliegender Anmeldung an!
Am Samstag abend findet im Anschluß an die Veranstaltung ein Konzert statt.
Die Demonstration beginnt am Sonntag um 12.00 Uhr am Bürener Abschiebeknast. Für Bustransfer Paderborn - Büren und zurück wird gesorgt.

Anmeldung und Infos:
Projektbereich Eine Welt - Cordula
c/o ASTA der Uni/GH
Warburger Str. 100
33098 Paderborn
Tel.: 05251 603174

Infos zur Demo:
BDP-Infoladen, Borchener Str. 12
33093 Paderborn, Tel.: 05251 730337

Aufrufe, Plakate, Veranstaltungsprogramme:
Infoladen ANSCHLAG, Heeper Str.132
33607 Bielefeld

Wegbeschreibung:
Vom Bahnhof mit den Linien 4, 48, 9, 59 zur Uni. Mit Bus oder PKW von der A 33 kommend, Ausfahrt "Paderborn Zentrum", nach ca. 250 m die Auffahrt "Bad Driburg/Höxter" B 64. Auf der B 64 bleiben bis die Uni Paderborn ausgeschildert ist.

10.00 Uhr: Beginn der Veranstaltung

10.30 Uhr: Forum 1

Was heißt denn hier Rassismus?

Moderation: N. N.

- **Rassismus: Anatomie einer Gesellschaft**

  Hannelore Bublitz (Sozialwissenschaftlerin)

- **Abschiebungen, Razzien, Zwangsuntersuchungen, Roma-Realitäten in Köln**

  Fatima Hartmann (Vorsitzende Rom e.V. Köln)

- **Rassismus, Sexismus und die Teilhabe an der Macht**

  Birgit Rommelspacher (Sozialwissenschaftlerin)

14.00 Uhr: Forum 2

Grenzübertritte

Moderation: Oliver Tolmein (Journalist)

- **Flüchtlingsfahndung an der Ostgrenze**

  N.N.

- **"Wer hetzt Indianer durch die Eifel? Ein Menschenjäger ohne Zweifel!"**
  Bericht zur Lage an der Westgrenze mit Mitschnitten aus dem Polizeifunk

  Flüchtlingsplenum Aachen

- **Export des deutschen Abschiebesystems nach Osteuropa**

  Forschungsgesellschaft Flucht und Migration (FFM) Berlin

- Geschäfte mit Frauen versus Frauenmigration

  Aktionsgemeinschaft gegen internationale sexuelle und rassistische Ausbeutung (AGISRA) Köln

- Sklavenhändler, hast du Arbeit für mich?
  VertragsarbeiterInnen und illegalisierte Arbeitskräfte

  Wildcat

17.00 Uhr: Forum 3

Be-Lager-ungen

Moderation: Karola Fings (Historikerin)

- **"Zigeunerlager" im Nationalsozialismus**

  Frank Sparing (Historiker)

- **Ein Besuch in der "Anschlußunterkunft" Schöppingen**

  Roma-UnterstützerInnen-Gruppe Bochum

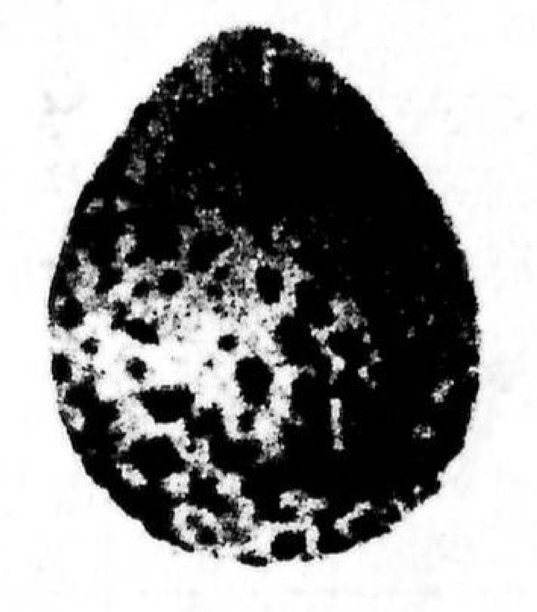
- **Eine Stadt grenzt sich ab**

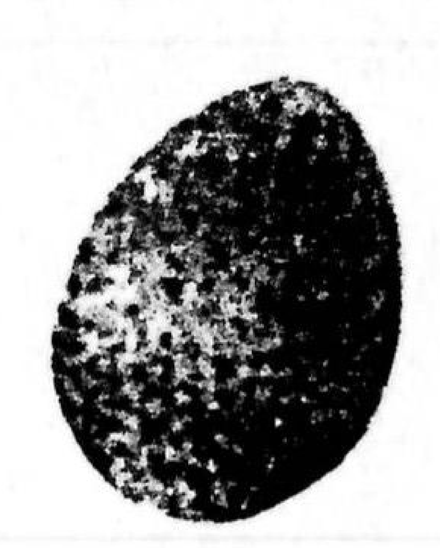
  Regine Jäger (Mitglied im Verein "Hilfe für Menschen in Abschiebehaft", Büren)

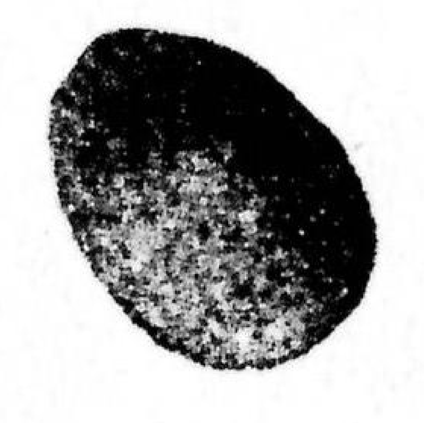


13.00 Uhr: Mittagspause

20.00 Uhr: Abendessen, Konzert









KAA 14 - Ökodorf e.V. - ABS e.V. - Aktiv gegen Strahlung e.V. - KAA 14

Kurfürstenstr. 14, 10785 Berlin Tel. 261 97 12, 261 24 87, Fax 261 98 12

WIR SUCHEN NEUE NUTZERINNEN bzw. MIETERINNEN

Hallo!

vielleicht wart Ihr schon einmal in unseren Räumen in der Kurfürstenstr. 14.
Als Ökodorf sind wir immer noch recht bekannt, wegen der Giftgrünen Woche, der "alten Anti-AKW-Bewegung", die sich hier traf und den vielfältigsten Veranstaltungen und Aktionen, die bei uns in den letzten 15 Jahren stattfanden.

Aber auch an uns sind die "Veränderungen" nicht spurlos vorüber gegangen. Die Öko-AktivistInnen wurden weniger und die Nutzung der Etage veränderte sich durch andere Leute, (Vereine) und Inhalte.
Mit der Umbenennung der Etage in KAA 14 haben wir versucht, ein neues Image aufzubauen, haben dies aber nur ansatzweise erreicht.

Zur Zeit existieren hier noch drei Büros, das Ökodorf, der ABS e.V. (Arbeitskreis Berliner StudentInnen) und "Aktiv gegen Strahlung" mit seinem Archiv. Darüberhinaus werden die Räume von einigen anderen Gruppen genutzt. Zur Zeit. sind das:

Arbeitskreis Umwelt und Recht,
Antirassistische Aktionsgruppe Berlin (arab),
Berliner Anti-AKW-Plenum,
Projekt-Tutorium MedizinerInnen,
Genossenschaft Wendland-Hof,
Diskussionsgruppe "Arbeit".

In dieser Form und mit der Belegung, ist die Etage aber finanziell nicht mehr zu halten.
Da die einzelnen Gruppen sich nicht an der Miete beteiligen können, wird die Belastung für die Büros zu hoch. - Was ist also zu tun?

Gerne würden wir die Doppelnutzung, als Treffpunkt bzw. Veranstaltungsraum und für Büros aufrecht erhalten. Dies geht aber nur, wenn wir neue NutzerInnen finden. Dies könnten andere Büros sein, Leute die tagsüber Seminarräume brauchen oder...

Die Etage mit ihren insgesamt 290 m2 teilt sich in zwei Büroräume, einen Arbeitsraum/Archivraum (ca 20 m2), eine Küche, ein Café (75 m2) und einen Saal (ca 85 m2) auf. Die Miete beträgt einschl. Heizung und Strom DM 3.500,--. Also eigentlich eine zahlbare Gewerbemiete. Auf der Etage ist eine umfangreiche technische Ausstattung für Seminare und Veranstaltungen, wie Videobeamer, Overheadprojektor, Diaprojektor usw. vorhanden.

Wenn Ihr Interesse bekommen habt, das alles mitzugestalten und Euch vorstellen könnt, dies mit uns gemeinsam zu nutzen oder euch eine Teilnutzung vorstellen könnt, meldet Euch bei uns.

tel 030-261 97 12 - 261 24 87 - fax 261 98 12

TERMINE:

Freitag 5.4.: **Film** "Eins-Zwei-Drei" (Billy Wilder) im Cafe Größenwahn, 20 Uhr

Samstag 6.4.: **Film** "Brazil", 16.30 Uhr im Cafe Größenwahn
KIEZ-DISCO ab 23 Uhr in der Rigaer Str. 83, Friedelhain, U-Samariter Soli-Party für die Geräumten
Party "Berlin Black Liberation Sounds" im Ex, ab 22 Uhr Mehringhof, Gneisenaustr. 2, U-Mehringdamm

Montag 8.4.: **Frühstücks-Buffet im Ex** von 12-17 Uhr, 10,-Mark aber lecker!

Dienstag 9.4.: **Infoveranstaltung** im Rahmen der **Häusertage**, 20 Uhr HausbesetzerInnen aus FFM berichten über die dortige Situation

Donnerstag 11.4.: **Veranstaltung** "Rechtsextreme Publikationen im Überblick, Wandel und Funktion" um 16.30 Uhr im Gewerkschaftshaus der IG Medien, Dudenstr. 10. Ein Mitarbeiter des Antifaschistischen Pressearchivs berichtet.

Freitag 12.4.: **Veranstaltung** mit Bernd Schäfer, zu Afrika/Tanzania, 20 Uhr im Buchladen Schwarze Risse, Gneisenaustr. 2a, Mehringhof.
FrauenLesbenVideoKino zeigt "Mädchen in Uniform" mit Romy Schneider, um 21 Uhr im Cafe Größenwahn **(Women only)**

Größenwahn
Kinzigstr. 9 HinterHaus
10247 Berlin- Friedrichshain
Tel. 291 80 83 oder 294 76 88

Wagentage vom 4. bis 10. April 96

Programm der BesetzerInnenwoche `96 in Berlin

Fr 5.4. 20 Uhr Eröffnungs-Surprise-Party, Konzert (die Fremden ua.) Treff Linien 158 in Mitte

Sa 6.4. ab durch die Mitte 12Uhr Frühstück, 16Uhr Bars&Vokü, Infos zu Häuserkampf in Turin und AnarchistInnenprozesse in Italien, 20Uhr Konz mit die Brut, Die Bundys, Surprise, alles Linie 158/159 in Mitte, U Rosenthaler Platz

So 7.4. Potsdarm in Stuß &Asche 11Uhr Breakfast, 12UhrAusstellung, 13Uhr Filme,16Uhr KinderKino, die Großen: rev.Osterspaziergang, 19Uhr Vokü,22Uhr Konz mit PotsdamBänds, Kontakt Gutenbergstr.22 in Potsdam

Mo 8.4.Charlottenburg ab 12Uhr Frühstückchen,Feuerspucken&Trommeln auf dem ErnstReuterPlatz, 15Uhr Demobasteln,20Uhr Infoveranstaltung: Polizeiterror gegen Häuser und was tun am Beispiel Fritzlaerstr 18 (Bankfurt) und March23, dazu Vokü, alles Marchstr. 23 U Ernst Reuter Platz

Di 9.4. Friedelhain 12Uhr Frühstück Scharnweberstr.,15Uhr Infoveranstaltung "radikal&mietfrei", Hausbesetzen leichtgemacht, Rigaerstr.83, Kaffe+Kuchen in der Jessi,18Uhr Vokü Scharnweberstr.28, 20Uhr Infoveranstaltung zu §129a Verfahren wegen radikal, K.O.M.I.T.E.E. und Steinmetz Cafè Größenwahn Kienzigstr.9 HH, 22Uhr AK Kraak-VideoKino Rigaerstr.84, alles U Samariterstr.

Mi 10.4. 12Uhr Frühstück Köpenickerstr.137, Kinderfest/Betreuung Kinzigstr.25, **14Uhr Wagendemo,Treff?????,** 20Uhr Vokü&Köpiparty, U nterschiedlich

Do 11.4. 12Uhr Frühstück gibts auch, 16Uhr Demo-VV in der Köpi 137, 20Uhr Infoveranstaltung zu Hausbesetzungen international in der Kienzigstr.9,HH

Fr 12.4. Aktionstag 12Uhr RiotBreakFast Marchstr.23, 18Uhr Vokü Marchstr.23, 23Uhr Linienstr.158 Konz mit Strange Fruit und Potsdam Surprise

Sa 13.4. Lichtenberg 11Uhr Frühstück Pfarrstr.88 **14Uhr Demo ab Helmholtzplatz (U Eberswalderstr.)** bis zum PfarrStraßenfest mit Vöku Flohmarkt& Konz: Die Brut/ HalbNeun/ Skatergun/ GetränkeHoffmann/ Boon+special guests. U Nöldener Platz S Ostkreuz.

viSdP B.Sezza, Auf den Barrikaden 96, 10999 Berlin

⋆ Podiumsveranstaltung
zum Thema: Was tun? Diskussion über Stadtentwicklung, Chancen und Strategien
mit: Sonja Kemnitz (Obdachlosenzeitung Motz), Hans-Joachim Ditz (Pastoralreferent St. Michael Gemeinde), Wolf-Dieter Narr (Prof. am Fachbereich Politologie, FU), Uwe Rada (TAZ), Theresa (Diplomarchitektin), Renate, Susanne (Wagenburgen), desweiteren angefragt in den Bereichen: besetzte Häuser, Roma+Sinti.
Di, 9.4.96, 20.00 Uhr, Ort: Köpenikerstr.137, 10179 Berlin

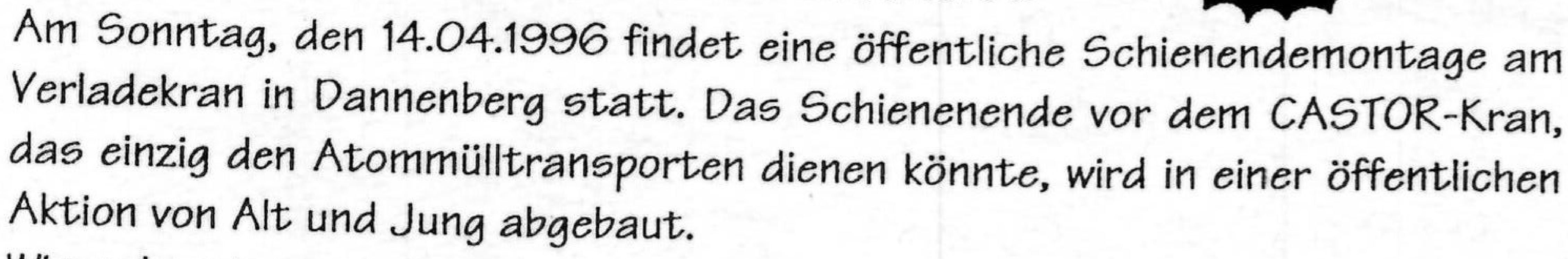
⋆ Wagendemonstration
unter dem Motto: Die Städte den Menschen, die drin leben
Mi, 10.4.96, 14.00 Uhr, Beginn: Köpenikerstr.137, 10179 Berlin







AUSRANGIERT !



NEUE ÖFFENTLICHE SCHIENENDEMONTAGE

Am Sonntag, den 14.04.1996 findet eine öffentliche Schienendemontage am Verladekran in Dannenberg statt. Das Schienenende vor dem CASTOR-Kran, das einzig den Atommülltransporten dienen könnte, wird in einer öffentlichen Aktion von Alt und Jung abgebaut.

Wie schon im vergangenen Jahr wird ein Training in gewaltfreier Aktion angeboten und ein Koordinationstreffen organisiert.

Wer sich auf diese lockere Weise mit der Aktion anfreunden möchte, kann schon Freitag Abend anreisen und findet eine Schlafplatzbörse in Hitzacker.

Das Training findet am Samstag, den 13. April um 10 Uhr im Gemeindehaus in Hitzacker statt. Bitte vorher telefonisch anmelden.

Um 16 Uhr gibt es dann ein Vorbereitungstreffen im "Rebstock" in Waddeweitz, ein Fahrdienst von Hitzacker nach Waddeweitz wird organisiert.

Zeitplan und Verlauf der Aktion "AUSRANGIERT ! 2":

10.00 Uhr	Andacht auf dem Gelände am Bahnhof in Dannenberg
10.30 Uhr	Frühstücksbuffet mit Musik
11.30 Uhr	Kundgebung
12.00 Uhr	Demontage der Schienen
14.00 Uhr	Besinnung und Nachlese bei Sekt, Kaffee, Tee und Kuchen

BUSFAHRKARTEN FÜR "AUSRANGIERT !"

Abfahrt: **Samstag, den 14.04.1996, 7.30 Uhr, Straße des 17. Juni, Eingang Mathegebäude**

Rückfahrt: **am gleichen Tag ca. 18.00 Uhr**

Preis: **25,- DM**

ab sofort in jedem gut sortierten Info- und Buchladen erhältlich!
Omega, Sparrstr. 21 // Danneben, Liebigstr. 34 // Nachladen, Waldemarstr. 36
M99, Manteuffelstr. 96 // Schwarze Risse, Gneisenaustr. 2a

SCHWARZE RISSE

VERANSTALTUNG
mit Bernd Schäfer

Freitag, den 12. April 20 Uhr

Zweite Veranstaltung zu Afrika/Tanzania

"... we are very busy - but for nothing"

Vier Bilder über Tanzania



soziale Situationen

multy-party-Wahlen

Fundamentalismus

Flüchtlinge

dazu ein paar Dias.

im Buchladen Schwarze Risse, Gneisenaustraße 2a, Mehringhof

BERLIN BLACK LIBERATION SOUNDS
presents an
African✳Reggae ✳Soul✳ Explosion

6. April `96
start: 22.00

im Café EX
Mehringhof
Gneisenaustr. 2
U.-Bhf.: Mehringdamm

7.4. in der Potsdamer Innenstadt

Program für OSTERSONNTAG

ab 11.00 Uhr Frühstück in der Gutenbergstr. 22 (Kneipe) ①

ab 12.00 Uhr Ausstellungsbeginn in der Gutenbergstr. 95 ② mit Hintergrundinfos zur Geschichte der Hausbesetzungen in Potsdam und anderswo

ab 13.00 Uhr KINO in der Gutenbergstr. 95

ab 16.00 Uhr KINDERKINO (mit Betreuung) in der Kurfürstenstr. 12 ③

während des Nachmittages besteht desweiteren die Möglichkeit, sich im BOUMANN'S in der Kurfürstenstr. 5 ④ mit Kuchen zu stärken, zudem sind die besetzten Kneipen in der Innenstadt geöffnet

16.00 Uhr Beginn des OSTERSPAZIERGANGS

ab 18.00 Uhr Volxküche entweder am Ziel des O.Spaziergangs oder in der Dortustr. 5 ⑤

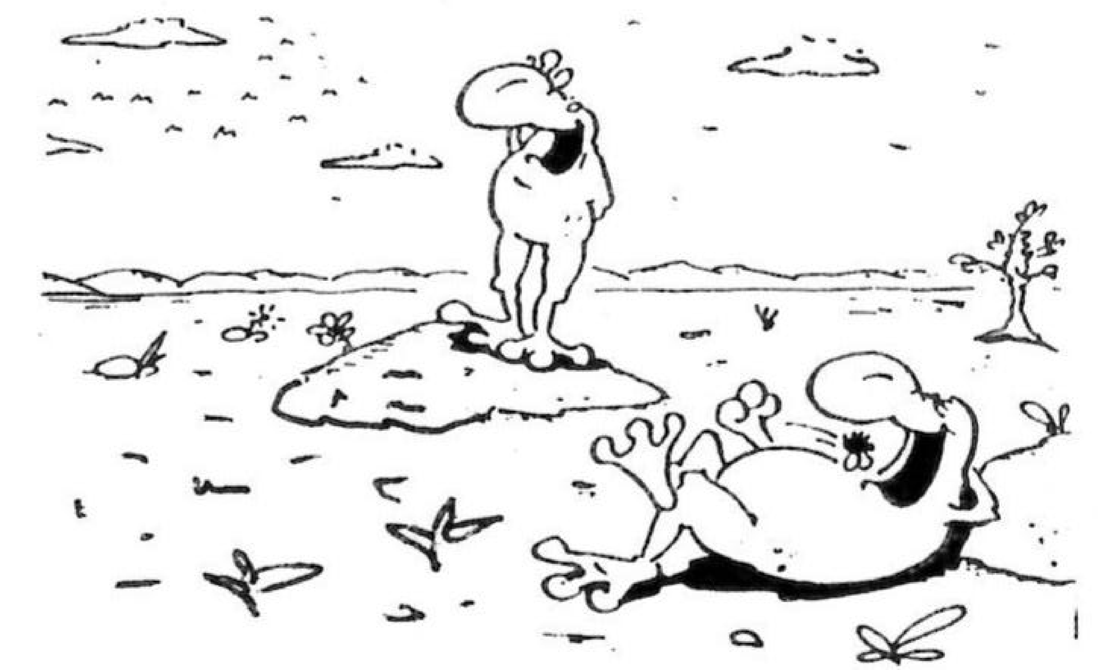
ab 22.00 Uhr AbschlussKONZERT in der Dortustr. 5 mit anschließender PARTY (mit Marvellous THEO) bis alles abwinkt

Wir wünschen allen einen Tag, der jeder Erwartung entspricht; gutes Wetter und noch viel, viel bessere OSTERSONNTAGSLAUNE! (die ORGsInnen)

Terminänderung Atari Teenage Riot am Ostersonntag den 7.4. ab 20 Uhr in Sallahn (wo ist das????) im Heidekrug

Aktionstage im Hüttendorf gegen A20 vom 19.4.-28.4.

Die große Abräume hat begonnen.
Das Sparschwein galloppiert.
Das Frühjahr beginnt, aber es riecht bereits nach Verwesung.
Es tobt der Räumungstango. Palisadenstraße. Kleine Hamburger. Überfall auf die Linien-158. Die Marchstraße brennt. Scharnweber, Rigaer .... welche wird es als nächstes treffen? Widerstand? Pah! Fehler rächen sich. Hasskappen zu Schlafmützen. Gute Nacht!
Die neue Linie des "arroganten Arschlochs". Tucholsky meets Schönbohm. Aber selbst Linien zählen in diesen Tagen nicht mehr viel. Man entledigt sich ihrer. Das nennen wir konsequent, Herr General. Sozialabbau? Konsequent Frau Fugmann-Heesing. Hauptstadtwahn? Konsequent Herr Diebchen - und wie ihr alle heißt. Dreckschweine.
"Eure Armut kotzt uns an" - daß wissen wir. Ihr fühlt Euch mächtig, Ihr - Freunde der Arbeit, der Ordnung, des Löschpapiers. Meister der Spaltung, Beschwichtigung und Systemintegration. Widerstand? Zerborstene Scheiben, verklebte Schlösser während Plenarsitzungen, 35.000 Menschen auf der Straße scheinen Euch nicht zu stören. Auch Ihr wißt um die Widersprüche, Zerwürfnisse, Resignation. Aber Ihr habt Angst. Angst vor dem Feuer, daß Ihr niemals zu löschen imstande ward. Daß sich etwas bewegt in den Köpfen und Herzen. Die Kraft der Solidarität.
Viele Versuche wurden unternommen. Betriebs-, Stadtteil-, Häuserkampf. Wiesen Richtungen, schufen Ahnungen von einem möglichen Morgen, vieles scheiterte unter Eurem höhnischen Gelächter.
Politischer Widerstand braucht soziale Verankerung. Soziale Verankerung nicht in subkulturellen Nischen sondern an den Schnittstellen sozialer Realitäten. Wir kennen Eure breitgefächerte Palette der Aufstandsbekämpfung. Oft genug tappen wir in die aufgestellten Fallen. Kreuzen ziellos von Ufer zu Ufer. Neigen zur Selbstmarginalisierung. Verschließen die Augen. Unsere Wirklichkeit gegen Eure. Ein verzerrtes Spiegelbild der Realität. Aber keine gesellschaftliche Alternative der radikalen Linken.
Bestünde nicht die zentrale Aufgabe revolutionärer Politik - so sie denn mehr als gelebter Protest sein will - gerade darin, den Dialog zwischen den unterschiedlichen unterdrückten Gruppen und Bereichen zu forcieren? Nicht erst angesichts des "drastischen sozialen Angriffs", der "gigantischen Umverteilungspolitik von unten nach oben" halten wir es für zwingend notwendig, daß sich die radikale Linke der sozialen Frage in ihrer Ganzheit zuwendet. SchülerInnen gegen Arbeitsplatzabbau, Lohnabhängige gegen Einsparungen im Bildungsbereich, ImmigrantInnen gegen die Ausgrenzung von Behinderten, StudentInnen gegen Lohnverzicht, SozialhilfeempfängerInnen gegen Tiergartentunnel und Hauptstadtwahn, Behinderte gegen Mietwucher und für Hausbesetzungen.
Liebe interim-Redaktion 368: "Wir haben mehr Fragen als Antworten" - die Zusammenfassung Euer kritischen Anmerkungen ("Fragt sich, wie im Zusammenhang mit den derzeitigen Kürzungen in Berlin von einer moralischen Diskussion zu einer Systemkritik gekommen wird"). Wir wissen, daß das



derzeitige Protestspektrum nicht homogen ist, von radikalen bis zu reformistischen Positionen reicht. Aber über die zunächst spezifische Mobilisierung im eigenen Teilbereich (z.B. Kita/Jugend/Stadtteil) - was ja erstmal legitim ist - zu einem gemeinsamen Widerstand zu kommen, der sich eben nicht in einem platten Minimalkonsens ausdrückt, sondern in der oben beschriebenen Verknüpfungslogik der gemeinsamen Forderungen seinen bildlichen Ausdruck findet, ist doch zumindest ein produktiver Anfang. Uns geht es nicht um "Abfeiern", "Besaufen an einem neuen alten Modethema" wie D.D. unterstellt. Und Stellvertreterkriege führen wir schon gar nicht. Solch Sätze zeugen von einem vermeintlichen Nicht-Betroffensein, dem Blick des Kaninchens auf die Schlange. Moralische Diskussion und Systemkritik. Es dürfte doch wohl klar sein, daß für einen nicht unerheblichen Teil des Bündnisses alles andere als Systemkritik Quark ist. Wie Ihr im Zusammenhang mit dem Aus für Kinderläden, Frauenprojekte...Jugendklubs von moralischer Disskusion sprechen könnt ist uns rätselhaft. Erzählt daß mal den Jugendlichen vor Ort - Eigelb gefällig? Daß es um die Verankerung an der Basis trotz erfreulicher Mobilisierungsfähigkeit - aber wir sind bestimmt keine Zahlenfetischisten - (noch) entscheidend mangelt, ist uns sehr bewußt. Aber - um mit *changing times* zu sprechen - blanke Systemkritik, der Revolutionsdiskurs, prallt beispielsweise auch an den diskriminiertesten ImmigrantInnenjugendlichen weitgehend ab. Dann wohl auch an anderem Potential der Gesellschaft. Offensichtlich wird ein revolutionärer Standpunkt nur dann ernstgenommen, wenn zu merken ist, daß dahinter auch ehrliche Solidarität steckt. Wer sich für die konkrete Angst der Leute nicht interessiert, hat ihnen in einem längeren Prozeß von Befreiung schon gar nichts zu sagen. Eine echte Basisverankerung revolutionärer Politik ist überhaupt nur möglich, wenn solch' konkretes Engagement vorhanden ist, also konkrete Angebote, Verbesserungen als Grundlage für gemeinsame Kämpfe. Und das hat rein garnichts mit "autonomer Sozialarbeit" oder "Kühlschrankfraktion" zu tun.
Auf daß es aufklare.

F.r.ö.s.c.h.e. a.n. L.a.n.d.



WAGENDEMO 10.4. 14 UHR

ANLAUFSTELLE: KÖPENICKERSTRASSE 137, 10179 BERLIN

V.I.S.D.P.: WALLY WAGENBURG, BERLIN. FOTO/LAYOUT: UMBRUCH